



Militärputsch:

Ende des Bürgerkriegs?..



Es herrscht Ruhe im Land!

Auszüge aus der Rede des Generalstabschefs Evren am 12.9.80

Selbst in einer Zeit, wo wir auf nationalen Zusammenhalt und Einheit am meisten angewiesen waren, wurden Polarisierung und Spaltungen provoziert und anstatt das Feuer gemeinsam zu löschen, wurde Benzin darauf geschüttet und versucht, die Heimat bewußt oder für politische Interessen, nur um an die Macht zu kommen, in einen Brandherd zu verwandeln...

... ein Teil Unglücklicher konnte ... anstelle der Nationalhymne die Internationale singen und Verachtung zeigen...

... daß der Staat jederzeit explodieren konnte, weil auf den obersten Ebenen des Staates die durch den Anarchismus hervorgerufene Gefahr in ihrem Ausmaß nicht begriffen wurde, oder sie sich vor den Einschüchterungen der Brennpunkte des Terrors fürchteten.

Die türkische Republik ist entschlossen, sich an die NATO und an alle Zusammenschlüsse und Verträge zu halten, und auf der Basis der Gleichberechtigung mit allen Ländern, insbesondere den Nachbarländern auf der Grundlage von Achtung und Unabhängigkeit unter der Bedingung der Nichtmischung in innere Angelegenheiten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen zu entwickeln...

Bei der Sicherung der Hütung von Recht und Ordnung werden rechtliche und verwaltungstechnische Maßnahmen ergriffen, aufgrund derer erfahrene und qualifizierte Leute Gerichte bilden, die schnelle und richtige Urteile fällen können und diese furchtlos anwenden können...

Es werden jegliche Maßnahmen ergriffen, damit die Arbeitgeber helfen, die Anstrengungen für exportorientierte Wirtschaft zu verstärken ohne sich von den Grundsätzen zu entfernen, die den Arbeitsfrieden sichern...

Es ist möglich, daß schlechtgesinnte Leute, die sich immer im Land befinden und sich in letzter Zeit vermehrt haben, Ihnen Lügen erzählen und das Gegenteil behaupten und eine negative Propaganda betreiben. Die türkischen Streitkräfte werden jeglichen Widerstand, Demonstrationen und Haltungen, die gegen die neue Herrschaft gerichtet sind, auf der Stelle in schärfster Weise brechen und bestrafen...

Auszüge aus Evrens Rede vom 17.9.80

Der Nationale Sicherheitsrat wird alle Hindernisse, die bis jetzt die demokratische Ordnung und ein demokratisches System verhindern haben, so beseitigen, daß ein weiterer Eingriff nicht mehr nötig sein wird...

... falls man nicht eingreifen würde, könnten illegale und verräterische Kräfte in die Armee gelangen und sie nach ein paar Jahren spalten...

Falls ein Parteiführer sich schuldig gemacht hat, wird er natürlich zur Rechenschaft gezogen werden ...

... Der Anarchismus wird unter keinem Namen erlaubt ...

Auf dem Kongreß eines Lehrervereines (gemeint ist der TÖB-DER) wurde offen die Diskussion der terroristischen Gruppen durchgeführt und die zuständigen Institutionen haben nur zugeschaut...

... stets wurde nur an diejenigen gedacht, die das System stürzen wollten...

... die türkischen Arbeiter mit roten Fahnen und Bildern der Ausländer in den Händen, überreicht von einigen Bossen, werden verräterisch ausgenutzt, um die Demokratie zu stürzen und ein anderes Regime zu fordern.

... Wir haben die Demokratie nicht aufgehoben

Perspektive

Der Putsch und seine Hintergründe

Die Generäle in der Türkei haben wieder einmal geputscht. Genau 9 Jahre und 6 Monate nach dem letzten Staatsstreich wurde am 12. September 1980 eine reaktionäre Regierung unter dem gleichen Ministerpräsidenten wie 1971 entmachtet. Der Faschistenführer Türkeş hielt sich für 51 Stunden versteckt. Ein Putsch von links also? Mitnichten.

Um den Hintergrund des Putsches und seine Auswirkungen auf die politische Zukunft der Türkei besser verstehen zu können, muss hier auf die Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und politischer Struktur (bzw. Unter- und Überbau) der Türkei und die seit dem letzten Putsch veränderten Machtverhältnisse hinter den neuen Machthabern eingegangen werden. Wenn dabei nicht an allen Punkten der Einschätzung mit Fakten konkretisiert wird, so geschieht das in dem Bewußtsein, das die notwendigen Informationen an anderer Stelle in konzentrierter Form gegeben wurden.

Kemalismus — westliche Ideen in einer rückständig gehaltenen Gesellschaft

Die große Gesellschaftsreform von Mustafa Kemal Atatürk hatte eine möglichst schnelle Annäherung an Zivilisation und Lebensstandard des Westens zum Ziel. In ständig neuen Varianten vom Einparteiensystem bis zur pluralistischen Organisationsvielfalt wurde daher versucht, bürgerliche Demokratie in einem halbkolonialen, sich zum Kapitalismus entwickelnden Land zu praktizieren. Mit einem aufgeblähten Staatsapparat, einem handlungsunfähigem Parlament, in dem nicht einmal die Unstimmigkeiten der verschiedenen Kapitalfraktionen gelöst werden konnten, misslang der Versuch, westliche Strukturen in der Türkei zu verankern. Ausserdem hatte der Prozess der Kapitalisierung in der Türkei auch Bereiche hervorgebracht, die sich nicht so einfach einem monopolistischen Interesse unterordnen ließen. Schmarotzer, wie Wucherer, Schwarzhändler, aber auch Kleinproduzenten in Anatolien, die unter religiöser Flagge segelten, stellten sich der Umstrukturierung entgegen. Mehr noch, vorhandene präkapitalistische Strukturen (Handwerk etc.) sowie ländliche Produktionsformen widersprachen der von oben verordneten Kapitalisierung (Gegensatz zum Stand der Produktivkräfte).

An unsere Völker

Wir - Revolutionäre, die bereit sind, sich für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu opfern - schwören, dass keine Kraft, keine Drohung, keine Brutalität uns von dem revolutionären Weg, der bis zur Befreiung aller unserer Unterdrückten Völker führt, abbringen wird.

Gegen die faschistischen Angriffe, die sich gegen die Rechte und die Freiheit der Arbeiterklasse und des ganzen Werktätigen Volkes richten, werden wir bis zur letzten Blutstropfen kämpfen.

Für die Verjagung der Junta, die das Recht unserer Völker, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen, an sich gerissen hat, werden wir bis zur Ende kämpfen.

Wir rufen alle Arbeiter, Bauern, unsere hart arbeitenden und verarmten Völker und alle, die sich auf die Seite der Demokratie und Freiheit stellen, dazu auf, gegen die uns erniedrigende, uns verklappende, faschistische Junta zu kämpfen!

WEG MIT DER
FASCHISTISCHEN JUNTA!
SIEG DEM VOLK!

(Aus dem ersten Flugblatt von DEVRİMCİ YOL nach dem Putsch)

Inhalt

Generalprobe für den Putsch	8
Die Platanen von Fatsa	9
Ein Reisebericht	9
Schlaglichter	
- Situation vor dem Putsch	10
- Wirtschaft - Kurzberichte	11
Die neuen Machthaber	3
Das wahre Gesicht der Junta	2
Repressionsmaßnahmen der Junta	3
Massenverhaftungen	4
Widerstand	12
Protestaktionen in der BRD	12
Reaktionen aus den Reihen von SPD/DGB	5
Und noch ein Reisebericht	5

Das wahre Gesicht der Junta

Erfreut berichtete die in- und ausländische Presse schon zwei Tage nach dem Putsch, daß sich das öffentliche Leben in der Türkei wieder normalisiert habe. Es gebe zwar ein paar Politiker unter Hausarrest, aber so grausam seien die türkischen Militärs doch gar nicht. Die Bevölkerung würde wie eh und je ihre Teestuben besuchen und schließlich wolle man ja so bald wie möglich zu den üblichen demokratischen Strukturen zurückkehren.

Sicherlich - für den Mann auf der Straße hat sich wenig geändert. Schließlich ist der Ausnahmezustand für die meisten Menschen in der Türkei ja nicht erst mit dem Staatsstreich eingetreten. Das inzwischen schon 20 Monate geltende Kriegsrecht wurde nur von 20 auf 67 Provinzen ausgedehnt. Naja, und so außergewöhnlich ist der Kriegszustand für die Türkei eigentlich gar nicht. In den 30 Jahren des Mehrparteiensystems haben die Militärs zwei Mal die Macht an sich gerissen. Außerdem wurde insgesamt neun Mal der Ausnahmezustand ausgerufen. Mit anderen Worten: auf zwei Jahre, in denen die Militärs in den Kasernen geblieben sind, kommt ein Jahr, in dem das Militär die Ordnung durch Kriegsrecht aufrechterhalten sollte.

Neben dem Bekenntnis zu allen internationalen Abmachungen, insbesondere Treue zur NATO, war für die diplomatischen Kreise des Westens die 'Demokratieverstärkung' Grund genug, den Putsch quasi als einfachen Regierungswechsel (ohne Stimmzettel) zu betrachten. Insofern war die Anerkennung der neuen Machthaber, sowie die Fortführung der Türkeihilfe, auch nie in Frage gestellt. Ein Kritikpunkt konnte aber von den Machthabern nicht unter den Tisch gekehrt werden. Sie haben nicht nur das Parlament aufgelöst und die Immunität der Abgeordneten aufgehoben, sie haben die Parteitätigkeiten unterbunden und auch gleich etliche Politiker verhaftet. Damit haben sie sich die eine oder andere Protestnote eingehandelt, aber allen konnten sie es nun ja auch nicht recht machen. Zudem werden die Politiker praktisch nur unter Hausarrest gehalten und können sich einen zusätzlichen Urlaub gönnen, wenn sie nicht schon wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Für viele einfache Türken war die Festnahme der Parteivorsitzenden, Verbot der Parteitätigkeiten und Auflösung des Parlaments eine durchaus populäre Aktion. Sie waren ganz einfach das ewige Hick-Hack der Parteistrategen ihre hohlen Versprechungen und den Parteiklingel auf allen Instanzen des öffentlichen Lebens satt. Es wurde kräftig applaudiert, weil vordergründig der Eindruck entstehen mußte, daß die Generäle den ganzen parlamentarischen Zirkus erst einmal beendet hätten. Allerdings hatten die neuen Machthaber bei ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktion nie daran gedacht, ein neues System von Volksherrschaft einzurichten. Falsche Hoffnungen wurden bei vielen Landsleuten auch deshalb geweckt, weil durch das Versprechen einer neuen Verfassung bewußt Parallelen zum Sturz der Menderes-Regierung im Jahr 1960 und die anschließende Verfassung von 1961 heraufbeschworen wurden.

Die Verfassung von 1961 hatte neben einer Reihe neuer Rechte (wie dem Streikrecht) aber die Einschränkung der politischen Betätigung (Verbot einer kommunistischen Propaganda) nicht angetastet. Bezeichnenderweise hatte sich die Kritik an dieser Verfassung in letzter Zeit aber immer auf die demokratischen Rechte und Freiheiten bezogen, die in ihr enthalten waren. Mit einer Kritik des Wahlmodus für den Staatspräsidenten hatte Demirel eine Verfassungsänderung angestrebt, die eine verstärkte Machtkonzentration mit sich bringen sollte. In der neuen Verfassung wird eben dieses Programm von Demirel und seinem Rechtsaußen Türke sein. Ausdrücklich: Beschneidung der individuellen und gesellschaftlichen Freiheiten, größeres Maß an Machtbefugnissen.

Die Absetzung von Demirel sowie die angebliche Flucht von Türke ist denn auch nichts anderes als Augenwischerei. Hier sollte der Eindruck entstehen, daß der Putsch gegen die reaktionären Kräfte in der Türkei gerichtet war. Schon die ersten praktischen Schritte zeigen aber,

Perspektive

Der politische Nährboden einer zivilen faschistischen Bewegung wurde zum großen Teil durch die Zerstörung der nicht-kapitalistischen Strukturen bereitet. Auf der anderen Seite hatten die kleinbürgerlichen Kreise mit radikaldemokratischen Elementen, die hinter dem Putsch von 1960 gestanden hatten, auch die Institutionalisierung von gewissen demokratischen Rechten und Freiheiten erwirkt. Obwohl die Industriearbeiter und andere Berufsgruppen erst spät begriffen, welche Möglichkeiten ihnen hierdurch eröffnet worden waren, nutzten sie ab Ende der 60er Jahre die Organisationsfreiheit für eine machtvolle Interessensvertretung. Die Unternehmer fürchteten sich zuletzt vor jedem Streik dermaßen, daß sie in ihnen gleich einen ideologischen Machtkampf vermuteten.

Schon 1971 hatten die prowestlichen Kräfte eine bis auf die Knochen kemalistisch eingestellte Armee zur Vernichtung des aufkommenden revolutionären Potentials auf den Plan gerufen. Dabei ließen sie aber einen großen Teil der demokratischen Strukturen wie Parlament und Gewerkschaft unangetastet, obwohl alle oppositionelle verfolgt, eingekerkert, gefoltert oder aber gleich umgebracht wurden. Nachdem hierdurch ein Teil der revolutionären Ansätze vernichtet worden war, glaubten sie in der alten politischen Ordnung mit Wahlen fortfahren zu können. Sie vertrauten immer noch auf eine prokapitalistische Eigendynamik in der Türkei.

Der Putsch von 1980 hat nun eine andere Qualität. Jetzt hat sich das Interesse der monopolorientierten Kreise durchgesetzt. Unter der Parole gegen die Staatsfeinde vorzugehen und eine stabile Demokratie zu errichten, wurde eben dieser Staat und der demokratische Überbau zerstört. Dadurch haben sie sich die Bedingungen für eine komplette Neuordnung im Sinne einer rascheren Kapitalisierung geschaffen.

Form des Umsturzes

Der Putsch verlief reibungslos. Er wurde praktisch von allen Seiten erwartet. Der Zeitpunkt war ebenfalls gut gewählt. Die Widersprüche unter den Kapitalfraktionen hatten in eine absolute Sackgasse geführt. Die Parteien waren in Diskussionen um Staatspräsidentenwahl, Mißtrauensvoten und vorgezogene Wahlen verstrickt. Versprochene Finanzhilfen aus dem Ausland waren fast vollständig eingetroffen. Am wichtigsten für den Zeitpunkt des Umsturzes waren aber die sich ständig verschärfende Klassenkämpfe. Nicht nur Proteste gegen Verteuerung, Folter und Unterdrückung, sondern auch landesweite Streiks drohten das wirtschaftliche Leben lahmzulegen. Häufig angeordnet und von breiten Teilen der Armee als letzter Ausweg betrachtet, mußte der Putsch zu diesem Zeitpunkt erfolgen.

In der linken war die Diskussion um eine mögliche Form des Putsches schon vorher geführt worden. So hieß es in der 37. Nummer von Devrimci Yol im August 1980.

" Unter den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, sowie in Anbetracht der geopolitischen Lage im Nahen Osten ist es nicht schwierig zu begreifen, daß ein (offen) faschistischer Putsch für die Faschisten ein böses Ende nehmen würde. Da die Faschisten sich dessen bewußt sind, scheuen sie vor einem solchen Putsch zurück und bemühen sich, eine Junta mit eigener Beteiligung aufzubauen, die dem Anschein nach 'gegen links und rechts' gerichtet ist und in der Armee den Gedanken 'der Unabwendbarkeit einer militärischen Intervention' zu verbreiten. Unter den heutigen Bedingungen ... muß man auf einen baldigen Putsch gefaßt sein."

Diese Prognose hatte sich konsequent aus der Analyse der jüngsten Entwicklung ergeben. Schon in der Zeit der Demirel-Regierung hatte es ständig Versuche gegeben, das Militär zur einseitigen Parteinarbeit gegen eine sozialistische Alternative zu bewegen (Taris, Fatsa). Dies gelang mit den rechtlichen und parlamentarischen Bindungen aber nur zum Teil. Auch die politischen Forderungen des Großkapitals nach Verfassungs- und Wahlgesetzänderung sowie die Durchsetzung von wirtschaftlichen Maßnahmen im Sinne des westlichen Lagers ließen sich so nicht durchsetzen. Ein radikaleres Vorgehen ließ sich aber mit der vorhandenen Minderheitsregierung nicht durchsetzen. Demirel ist zwar entmachtet und Türkei mit einer möglichen Strafverfolgung anscheinend bedroht, aber die wirtschaftlichen und politischen Forderungen sind die gleichen geblieben.

Soweit bislang zu erkennen ist, existiert dieses Mal im Unterschied zum 12. März 1971 eine umfassende Einheit innerhalb und außerhalb des Militärs. Mit den ausländischen Mächten sind ebenfalls keine Widersprüche zu erwarten, da das von dem Internationalen Währungsfond diktierte Wirtschaftsprogramm buchstabengetreu weitergeführt wird und die Unterstützung durch die NATO-Länder (dieses Mal nicht nur USA) diesen Putsch überhaupt erst ermöglichte.

daß die gleiche Politik mit anderen Mitteln weiterverfolgt wird. Es heißt nun höchst offiziell, daß das Wirtschaftsprogramm der Demirel-Regierung in gleicher Weise weitergeführt werden soll, der 'überparteiliche' Mann, der nun den Posten eines Ministerpräsidenten bekleidet, ist kein anderer als der Staatssekretär im Ministerpräsidentenam und gleichzeitig der stellvertretende Staatssekretär im staatlichen Planungsamt, Turgut ÖZAL. Das ist aber noch nicht alles. Über diesen Mann läßt sich einiges mehr sagen. Zum Beispiel war er der Vorsitzende des Metall-Arbeitgeberverbandes. Er saß im Aufsichtsrat einiger Gesellschaften und war zugleich Teilhaber weiterer Konzerne. Sein Ruhm stammt aber aus einer Zeit, als er der Chef des Arbeitgeberverbandes der Türkei war. Auf einen kurzen Nenner gebracht heißt das, Fortsetzung der gleichen Politik mit den gleichen Leuten.

Auszüge aus dem Wirtschaftsprogramm eines Türgüt ÖZAL sind fol-

gende: Streiks müssen eingestellt werden, Altersentschädigungen und Tarifverträge sind ihm ein Greuel. Für eine Gesundung der Wirtschaft hat er sich fünf Jahre Zeit erbeten. Ob das schon ein Hinweis auf die Dauer der Militärdiktatur sein sollte? In gewisser Weise hat sich ja seine Mission bei dem Internationalen Währungsfond in London Ende August erfüllt. Bei seiner Rückkehr jedoch hatte er verkündet, daß das ausländische Kapital nun die politische Entscheidung im Lande mit Spannung verfolgen würde. Die Junta ist also auf dem besten Wege, dem ausländischen Kapital die günstigsten Anlagebedingungen in der Türkei zu verschaffen.

So ohne weiteres ist selbverständlich ein solches Programm mit eingefrorenen Löhnen, verbotenen Streiks, Abwertung des türkischen Pfund, Verteuerung und Inflation auch unter einer Militärherrschaft nicht durchzusetzen. Den ersten Feind, einen mächtigen Gewerkschaftsverband (DISK = revolutionäre Gewerkschaftskonföderation) hat man sich anschei-

Das weitere Vorgehen

Für die Vertreter des Großkapitals ist die Gelegenheit gekommen, Verfassung und Gesetze in ihrem Sinne zu ändern. Dazu müssen sie auf der einen Seite die Vertreter kleinerer Kapitalfraktionen wie die Nationale Heilspartei (MSP) ausschalten. Durch ein entsprechendes Wahlgesetz ist dies sehr einfach zu bewerkstelligen. Eigentliche Widerstand ist aus den Reihen der organisierten Linken zu erwarten.

Der Druck auf die demokratische Öffentlichkeit, Zerstörung auch nur minimalster Organisationsansätze ist erklärtes Ziel der neuen Machthaber. Die Rechte der Arbeiter sind auf Dauer zum Luxus erklärt worden. Orientiert an dem israelischen und amerikanischen Gewerkschaftsverband soll es nur noch eine Einheitsgewerkschaft geben.

Jede Art von Opposition soll mit verschärften Gesetzen und größerer Machtbefugnisse für Spezialgerichte wirksamer bekämpft werden. Für eine spätere Zivilherrschaft muß eine starke Machtkonzentration in den entscheidenden Positionen abgesichert werden.

Die Neuformierung des gesamten Überbaus steht unter dem Bestreben, die kemalistischen Prinzipien einer Annäherung an den Westen unter Ausschaltung möglicher Konflikte der türkischen Gesellschaft überstülpen zu können. Das "Erfolg"rezept aus dem Westen heißt, daß man den Privatsektor unter ausländischer Beteiligung ausbauen muß. Zur Absicherung der Profitrate einer solchen Industrie müssen die Löhne eingefroren und Streiks unterbunden werden.

Veränderte Bedingungen des antifaschistischen Kampfes

Der antifaschistische Kampf ist immer auch ein Kampf um die politische Macht, d.h. es kann nicht das Endziel sein, faschistische Herrschaft durch liberalere Spielarten von Ausbeuter- und Unterdrückungssystemen zu ersetzen. Auf die derzeitige Situation angewandt, bedeutet das, daß sich eine linke Politik nicht darauf beschränken darf, die Rückkehr zu (schein) demokratischen Verhältnissen und Zusicherung von liberalen Positionen in der Verfassung zu fordern.

Sicherlich ist dies ein Teil des antifaschistischen Kampfes. Es ist außerdem erkennbar, daß sich die Bedingungen für die Organisation von Widerstand verschlechtert haben. Für die Sozialisten hat der Kampf ums Überleben noch schärfere Formen angenommen. Dennoch kann die Parole nicht kamflöse Aufgabe der eroberten Positionen heißen. Bei diesem Verteidigungskampf, der sicher in blutige Auseinandersetzungen münden wird, ist es zunächst einmal wichtig, den Aggressionscharakter des immer brutaler werdenden Staatsterrors aufzudecken. Offensive Aktionen sind daher momentan ausgeschlossen.

Schließlich stehen die Revolutionäre der Türkei einer festen Front der Reaktion gegenüber. Im Gegensatz zu Südamerika wurde diese Junta nicht alleine von 'big brother' USA in den Sattel gehoben, sondern sozialdemokratische Regierungen in der Nato, wie die bundesdeutsche sozial-liberale Koalition haben dem drastischen Kurs der Militärs mit Wirtschaftsempfehlungen und Militärhilfe Pate gestanden.

Innerhalb des westlichen Bündnisses fiel es der Bundesrepublik zu, die Türkeihilfe zu organisieren, so wie sie innerhalb der imperialistischen Kräfte die Aufgabe hat, die Stabilität in Europas Randgebieten zu sichern.

Internationale Verpflichtungen der Herrschenden kann für Demokraten nur bedeuten, daß der antifaschistische Kampf ebenfalls international geführt werden muß. Wichtig erscheint uns hierbei, daß deutsche und türkische Demokraten sich ihre Kampfformen nicht durch die jeweiligen Regierungsmächte diktieren lassen und ein möglicher Widerstand nicht gleich prinzipiell auf bestimmte Formen festgelegt wird.

Den Kampf um eroberte Positionen (Selbstverwaltung usw.) aber auch um die nackte Existenz werden die Genossen in der Türkei mit den angemessenen Mitteln führen müssen. In der Entwicklung ist jetzt schon abzusehen, daß auch diese Auseinandersetzungen zusehends bewaffnete Formen annehmen. Es gilt von hier aus das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Widerstand gegen alle Angriffe zu schärfen. Dies kann nur in einer breiten Solidaritätsbewegung geschehen, der wir schon jetzt die erforderliche organisatorische Grundlage und Aktionsfähigkeit geben müssen.

Der Boden für diesen Staatsstreich wurde durch die immer brutaler werdenden faschistischen Überfälle 'gut' vorbereitet, ob er jedoch lange haltbar ist, mehr als fraglich. Anfanglich wird es den Militärs wohl gelingen, die Welle von politischen Morden in gewissem Grade aufzuhalten, d.h. die Zahl der politischen Mordopfer wird sich in der nächsten Zeit verringern. Der Grund hierfür liegt darin, daß die zivilen Mordbanden vorübergehend ihre Waffen zu Hause lassen werden. Bei wachsendem Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung werden die Morde aber noch mehr zunehmen.

Der Grund hierfür liegt darin, daß die zivilen Mordbanden vorübergehend ihre Waffen zu Hause lassen werden. Bei wachsendem Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung werden die Morde aber noch mehr zunehmen. Insofern hat der Stand des Bürgerkrieg nicht aufgehoben, er hat ihn nur verschärft

Schnell vollstreckte Todesurteile, willkürliche Verhaftungen, gezielter Todesschuß bis hin zu Programmen gegen ganze Bevölkerungsgruppen sind aus der jüngsten Zeit nicht nur von den zivilen Mordbanden bekannt geworden. Die neue Qualität der faschistischen Aggression liegt eben in einem Anstieg des staatlichen Terrors, der nun auch nicht mehr formal an demokratische Spielregeln gebunden ist.

Der Widerstand läßt sich dieses Mal aber nicht so einfach brechen. Die alten und neuen Herrscher sehen sich einer wachsenden Opposition gegenüber, die sich auch durch Folterungen, Morde und faschistischen Terror nicht so schnell einschüchtern läßt. Die jetzt auch offizielle Abschaffung von Meinungs-, Presse-, und Organisationsfreiheit wird diesen Widerstand nicht zum Schweigen bringen. Für die Antifaschisten der Türkei ist es einerlei, ob uniformierte oder zivile Faschisten an der Macht sind. Ihr Demagogieschwätz ist längst als Demagogie entlarvt.

Die neuen Machthaber

Kenan Evren
Vorsitzender der Militärjunta
Generalstabschef

Geboren 1918 in Manisa-Alasehir. Nach Abschluß der Artillerieschule im Jahre 1940 übernahm er verschiedene Aufgaben in der Armee. U.a. Kommandant der Korea-Brigade in den Jahren 1958-59, 1974 Kommandant der Agais-Armee, 1977 Chef der Landstreitkräfte und schließlich seit 1978 Generalstabschef.

Nurettin Ersin
Mitglied der Militärjunta
Chef der Landstreitkräfte

Geboren 1918 in Gelibolu. Nach Abschluß der Infanterieschule im Jahre 1938 wurde er u.a. Geheimdienst-Berater (MIT), Kommandant der Zypern-Streitkräfte während der „Friedens-Aktion“ im Jahre 1974.

Nejat Tümer
Mitglied der Militärjunta
Chef der Seestreitkräfte

Abschluß der Schule der Kriegsmarine im Jahre 1944. Zeitweilig Chef des Planungsbüros der Nato-Streitkräfte in Neapel.

Tahsin Sahinkaya
Mitglied der Militärjunta
Chef der Luftstreitkräfte

Geboren 1924 in Istanbul. 1945 Abschluß der Luftwaffenschule. Er übernahm u.a. den Vorsitz der türkischen Militärvertretung bei CENTO und das Generalsekretariat des nationalen Sicherheitsrates.

Sedat Celasun
Mitglied der Militärjunta
Chef der Gendarmerie

Geboren 1915 in Istanbul. 1941 Abschluß der Artillerieschule. Zuständig insbesondere für die Verfolgungen und Razzien im Kurdengebiet.

Kabinett der Junta

In dem aus 27 Posten bestehenden Kabinett sind 9 Minister, die bei Militärjuntaregierungen 1971-73 dabei waren! Zusätzlich befinden sich darin 5 pensionierte Generale.

Ministerpräsident: **Bulent Ulusu**, ehemaliger Befehlshaber der Marine

Vize-Ministerpräsident und Staatsminister: **Zeyat Baykara**, ehemaliger Minister während der Junta 71/73, ehemaliger natürlicher Senator

Vize-Ministerpräsident und Staatsminister: **Turgut Ozal**, Verbindungsmann zu IWF, OECD, Weltbank. Berater von Demirel, Expräsident vom Arbeitgeberverband TUSLAD

Finanzminister: **Kaya Erdem**, ehemaliger Generalsekretär des türkischen Geheimdienstes und des Schatzes!

Innenminister: **Selahattin Cetiner**, ehemaliger General.

Erziehungminister: **Hasan Saglam**, ehemaliger General.

Minister für Gesundheitswesen: **Nezmi Ayanoglu**, ehemaliger General.

Minister für Zölle und Monopolverwaltung: **Recal Baturalp**, ehemaliger General.

Industrieminister: **Sahap Kocatopcuoglu**, Industrieller, Arbeitgeber, Monopolist im Bereich Glas, Porzellan, Autoindustrie

Minister für Verkehr: **Nezmi Özgür**, ehemaliger AP-Abgeordneter

Minister für soziale Sicherheit: **Sadik Side**, früher derselbe Posten, Generalsekretär der Türk-Is.

Kultusminister: **Cihat Baban**, Chefredakteur der Zeitung Son Havadis, Sprachrohr der AP.

Minister für Jugend und Sport: **Veddi Ozgul**, ehemaliger General.

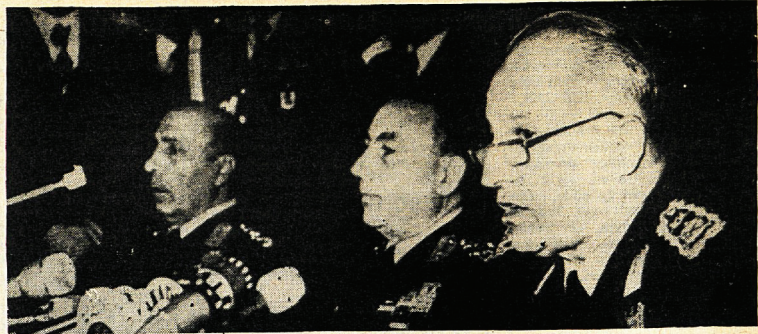
Absetzung der lokalen Verwaltungen und Ersetzung durch das Militär

Mit Verordnung vom 26.9. wurden sämtliche Stadt- und Kreisparlamente der Türkei aufgelöst, sowie alle Bürgermeister abgesetzt.

Bereits vor dieser Maßnahme waren zahlreiche Bürgermeister und lokale Verwaltungen abgesetzt und durch Militär ersetzt worden.

Abgesetzte Bürgermeister	der Stadt	Datum	ersetzt durch
Aytekin Kotil (CHP) sowie 40 Bürgermeister der Kreise v. Istanbul	Istanbul	13.9.	General Ismail H. Akansel
Ali Dincer (CHP)	Ankara	15.9.	Gen. Süleyman Önder
Ihsan Alaynak (CHP)	Izmir	16.9.	General Cengiz Idil und Direktor d. Verkehrsbetriebe
Selahattin Tonguc (CHP)	Antalya	19.9.	Gen.a.D. Serif Mihcahan
Unal Ozan und 27 weitere Bürgermeister	Adapazari	13.9.	Oberst Hikmet Oguz
Ali Nazmi Ustündag (CHP) Provinzrat und -Parlament aufgelöst	Kirklareli	15.9.	Provinzgouverneur Necip Sönmez
Adnan Ercan (CHP)	Erzincan	16.9.	Oberst Orhan Irfan Ates
Mehdi Zana (Kurde und unabhängiger Linker)	Diyarbakir	20.9.	Haftbefehl
Ömer Bayar	Rize	16.9.	

Bis zum 24.9. wurden noch die Bürgermeister der folgenden Städte abgesetzt: Bursa, 10 Kreisstädte von Bursa, Urfa, Bahhesir, Bandirma, Edremit Altinoluk, Kilis, Gemencik, Tunceli, Zenguladak, Afsin, Elbistan.



Junta: Unsere einzige Aufgabe ist die Bekämpfung des Terrors

DIE REPRESSIONSMASSNAHMEN DER JUNTA INNERHALB VON ZWEI WOCHEN

- Das Parlament wurde aufgelöst, die Parteien verboten.
- Die Verfassung wurde abgesetzt, jede politische und soziale Tätigkeit wurde verboten.
- Kreis-, Provinzparlamente und -räte wurden aufgelöst, alle Bürgermeister abgesetzt.
- Alle Gewerkschaften (außer der systemkonformen Türk-Is) wurden verboten.
- Die fortschrittliche Tageszeitung DEMOKRAT wurde verboten.
- Zehntausende von Menschen wurden verhaftet.

Die Militärs haben alle relativ demokratischen Rechte und Freiheiten beseitigt. Sie hatten seit Anfang 1979 in 20 Provinzen die Macht, darunter in den industrialisierten Großstädten und den Kurdengebieten.

Die Junta behauptet demagogisch, sowohl in der Türkei, als auch hier der Weltöffentlichkeit gegenüber, sie gehe gleichermaßen gegen Linke und Rechte vor. Jedoch schon die ersten Maßnahmen zeigen ihren faschistischen Charakter; das Scheinbild der Demokratie ist verschwunden.

Gewerkschaften

Die Militärs treffen grundsätzlich Maßnahmen, um Streiks, Bummelstreiks, Besetzungen, Widerstandsaktionen, Einschränkung der "Arbeitsfreiheit" zu verhindern.

- Alle Gewerkschaften, d. h. 1,6 Mio. organisierte Arbeiter, sind verboten worden.

- Das Verbot gilt vor allem der revolutionären Gewerkschaftsföderation DISK. DISK umfaßt ca. 500.000 Arbeiter in 39 Gewerkschaften. Dieses Verbot wurde am 12.9. ausgesprochen. Das Verbot gegen TÜRK-İS (gelbe Gewerkschaft, offizieller Partner des DGB) wurde erst am 17.9. ausgesprochen und am 21.9. wieder von dem nationalen Sicherheitsrat aufgehoben. Die verbotene faschistische MISK mit ca. 5.000 Leuten ist politisch bedeutungslos.

- Die Streiks in der Metall-, der Glas- und Textilbranchen wurden durch Militärs gebrochen. Betroffen sind:

- 43.319 DISK-Arbeiter
- 5.559 TÜRK-İS-Arbeiter
- 127 Faschisten

- Ebenso vom Verbot betroffen sind die Streiks in 114 Betrieben von 122.000 Arbeitern, die von der Demirel-Regierung für 3 Monate ausgesetzt worden waren.

- 950 DISK-Gewerkschaftler wurden bis 18.00 Uhr am 16.9. verhaftet. 16 Gewerkschaftsvorsitzende haben sich nicht ergeben, darunter von der Bauarbeitergewerkschaft (YERALTİ MADEN-İS) Cetin Uygun und von der Druckerei-Arbeitergewerkschaft (BASIN-İS) Burhan Sahin.

- Alle streikenden Arbeiter der Glaswerke Teknikcam/Istanbul sind abgeführt worden, nachdem sie trotz Verbot weitergestreikt hatten.

- Die Lohnforderung von über 300% (nur Inflationsausgleich!) wurde mit einem einmaligen Abschlag von 70% beschieden!

- Der Generalsekretär der TÜRK-İS Sadik Side, wurde Minister für "Soziale Sicherheit".

- Bummelstreiks werden mit Haftbefehlen beantwortet.

- Die türkische Arbeitgeberkonföderation TISK und der türkische Arbeitgeberverband TIJSIAO wurden demokratischerweise nicht verboten.

Justiz

Die Militärs treffen grundsätzlich Maßnahmen, um Streiks, Bummelstreiks, Besetzungen, Widerstandsaktionen, Einschränkung der "Arbeitsfreiheit" zu verhindern.

- Die Parteivorsitzenden werden gerichtlich verfolgt.

- 134 Abgeordnete bekommen Prozesse. Davon sind die meisten Abgeordnete der CHP. Es ist unklar, wo sie sich z. Zt. befinden.

- Ab sofort fallen Haftstrafen nach einem Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates doppelt so hoch aus wie bisher.

- Der Todesschuß auf verdächtige Personen ist gang und gäbe.

- 30 Tage können Personen festgehalten werden, ohne daß sie einem Richter vorgeführt werden müssen.

- Sondergerichte (Kriegsgerichte) wurden eingeführt. Das erste Todesurteil wurde am 19.9. in Adana bei einer Verhandlung gefällt.

- Minister und die Regierung werden allein durch den Nationalen Sicherheitsrat bestimmt.

- Die 67 Provinzen wurden in 13 Militärregionen umgebildet.

- Die Bevölkerung ist aufgefordert worden, innerhalb einer Frist von 15 Tagen alle Waffen abzugeben, ansonsten gibt es schwere Strafen.

- Personen, die Befehle der Kriegsvertragskommandanten mißachten, können mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden.

- Personen, die "Gerüchte" verbreiten, um "Aufruhr zu stiften", können mit bis zu 2 Jahren Gefängnis oder mit Geldstrafen belegt werden, die einem durchschnittlichen Arbeitsverdienst entsprechen.

- Wenn Presseorgane derartige "Straftaten" begehen, verdoppelt sich die Strafe.

- Die von den Militärgerichten verhängten Strafen können nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, gegen sie kann auch keine Revision eingelegt werden.

- Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen sind verboten.

- Verbot der Tätigkeit aller Vereine und beruflicher Verbände.

- Bei dem Vorliegen eines Haftbefehls oder bei einer bewaffneten

Presse

- Die fortschrittliche Tageszeitung Demokrat wurde verboten. Die erst seit Weihnachten 1979 erschienene Demokrat war die 5. größte Tageszeitung der Türkei gewesen. Sie war die Stimme des Volkes.

- Mehrere Journalisten der Demokrat wurden verhaftet. z.B. Demirtas Ceyhan und İlhami Soysal am 23.9.

- Ebenso verhaftet wurde Turhan Selcuk, Karikaturist des sozialdemokratisch orientierten Milliyet.

- Am 23.9. wird auch der 2. Vorsitzende der Journalisten-Gewerkschaft Bektaş Ulusoay mit 8 seiner Kollegen verhaftet.

- Alle erscheinenden kommerziellen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen stehen unter totaler Zensur.

- Die faschistische Zeitung Hergün, Organ der MHP wird in Kürze unter einer Namensänderung weiter erscheinen.

- Das Verbot der Tageszeitung Aydinlik hat sich nicht bestätigt. Die jetzt China-orientierte Aydinlik, die allerdings nur in sehr kleiner Auflage erschienen war, hat durch eine Nachfrage beim Generalstabschef erfahren daß sie nicht verboten sei.

- Das neue Kriegsrecht räumt dem Militär das Recht ein zur:

- Kontrolle jeglicher Presse, Nachrichten, Brief- und Telegrammverkehr in Bild, Ton und Schrift

- Kontrolle über Verfassung, Druck Vertrieb von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Schallplatten und Tonbändern

- das Recht, den Besitz, Transport und die Einführung idieser Presseerzeugnisse in Militärregionen zu verbieten

- sowie das Recht auf Schließung der Produktionsstätte (von Presseerzeugnissen) (Hürriyet 23.9.)

ten Erwidern oder in einer Situation der "Selbstverteidigung" bei den Sicherheitskräften dürfen diese direkt und ohne Verzögerung auf das Ziel schießen (Hür. 23.9.).

- Die staatlichen und privaten Stellen des Landes werden durch das Kriegsrecht veranlaßt, bestimmte Maßnahmen zu treffen. Bei Erfordernis müssen die Gebäude, Fahrzeuge, Geräte und das Personal der Stadtverwaltungen, der Behörden, der staatlichen Industrien, der Betriebe und der Banken zur Verfügung gestellt werden.

- Der Unterrichtsablauf aller Schulen darf unterbrochen werden. In andere Regionen verbannte Schüler wird der Schulbesuch untersagt.

- Kontrolle, Verbot und Beschränkung der Öffnungszeiten der Restaurants, Hotels, Motels, Kneipen, Theater, Kinos, Diskotheken etc.

Kultur

- Am 17.9. wurden in Gültepe/Istanbul alle Blue Jeans tragenden Bürger verhaftet.

- Für Frauen wird eine bestimmte Rocklänge vorgeschrieben; Make up und das Tragen von Hosens verboten.

- Für Männer wird das Tragen von Krawatten sowie Rasierzwang angeordnet. Außerdem wird eine bestimmte Frisur und Schnurrbart vorgeschrieben. (Frankf. Rundschau 20.9.)

- Zwang zum Putzen und Überstreichen der Parolen an Hauswänden. (Cumhuriyet 22.9.)

Verhaftungen

- In den kurdischen Gebieten werden täglich 4 bis 500 Menschen verhaftet (Welt 20.9.)

- Augenzeugen berichten, daß die Fußballstadien in den Städten Izmir, Usak, Adana, Diyarbakir u.a. voll von Verhafteten sind. Bis zum 27.9. waren die Spiele ausgesetzt.

- In Hacibektas und Avanos wurden fast alle Menschen zwischen 14 und 45 Jahren festgenommen.

- Die Erklärungen einiger Kommandaturen zeigen deutlich, daß Massenverhaftungen von zehntausenden von Menschen an der Tagesordnung sind.

So wurden allein in den ersten Tagen nach dem Putsch folgende Verhaftungen durchgeführt:

- Von den DISK-Gewerkschaftern wurden bis 18.00 des 16.9. 950 verhaftet (Cumhuriyet 17.9.)

- In der Region Adana wurden bis zum 18.9. 715 Verhaftungen vorgenommen (Milliyet 17.9.)

- In der Region Tunceli bis zum 16.9. 182 Verhaftungen (Mill.17.9.)

- In der Region Kars, Artvin bis zum 17.9. 558 Verhaftungen (Cum.18.9.)

- In der Region Erzurum bis zum 16.9. 93 Verhaftungen (Cum.17.9.)

- In der Region Konya bis zum 21.9. 498 Verhaftungen (Cum.22.9.)

- In der Region Adiyaman bis zum 21.9. 46 Verhaftungen (Mill.22.9.)

- In der Region Sakarya bis zum 17.9. 65 Verhaftungen (Hür. 18.9.)

Außerdem wurden folgende Personen verhaftet:

Ilhami Soysal Schriftsteller, Journalist, Angehöriger der Tageszeitung DEMOKRAT, am 23.9.80

Turhan Selcuk Karikaturist, der Zeitung Milliyet

Bektas Ulusoy 2. Vorsitzender der Journalistengewerkschaft am 23.9. u.8 seiner Kollegen

Orhan Apaydin Vorsitzender der Rechtsanwaltskammer der Türkei

Mehmet Ali Suzel Leiter der Genossenschaft ANTIBIRLIK (Hür.24.9.)

Außerdem befinden sich folgende Parlamentarier und Abgeordnete in Haft

- 7 von 12 Mitgliedern des EWG-Türkei-Ausschusses

- 100 Abgeordnete wurden verhaftet. Sie sind zum größten Teil Angehörige des linken Flügels der CHP sowie einige kurdische Abgeordnete. Der einzige Abgeordnete der fortschrittlichen Einheitspartei der Türkei (TBP) wurde verhaftet.

- Ebenso Ahmet Yıldiz, ständiger Senator seit dem kemalistischen Putsch 1960 und Vorsitzender der progressiven Volkshäuser der Türkei.

- Die Vorsitzenden der TIP (Arbeiterpartei), der TSIP (Sozialistische Arbeiterpartei) und der TEP (Partei der Werktätigen) stehen unter Hausarrest.

- Die Parteivorsitzenden Ecevit (CHP, Republikan. Volkspartei), Demirel (AP Gerechtigkeitspartei) Erbakan (MSP Nationale Heilspartei) und Türke (faschistische MHP) wurden unter Hausarrest gestellt. Presseberichte über Ecevit und Demirel wurden verboten.

- Nach der 3 : 1 - Niederlage der Fußballnationalmannschaft der Türkei gegen Island in Izmir am 24.9. wurden die Fußballspieler und ihr Trainer wegen Verletzung des nationalistischen Stolzes angeklagt. Noch am selben Tag übernahm ein Oberst die Leitung der Mannschaft.

Wirtschaft

- Die Preise für Benzin, Zucker, Düngemittel, Glasprodukte, sowie für im Haushalt benutztes Butangas, werden um 20 - 45 % erhöht.

- Eine Delegation der Arbeitgeberverbände TUSIAD reist am 21.9. in die USA um über die Fortführung der Türkeihilfe zu verhandeln und um über die neue Lage in der Türkei zu informieren. Es sind auch Gespräche mit USA-Arbeitgeberverbänden vorgesehen; (Cumhuriyet 21.9.)

- Die Junta-Regierung schickt eine Delegation unter Vorsitz von Turgut Özal zur IWF-Jahresversammlung nach Washington, wo die Bewertung der Türkei durch den IWF nochmals auf der Tagesordnung stehen wird. Die Delegation wird bestätigen, daß die unter der Demirel Regierung beschlossenen Maßnahmen fortgeführt werde.

- Der Vorsitzende der Istanbuler und Ägäischen Industrie- und Handelskammer: "Die Neue Regierung wird für unsere Nation und unser Land zur guten Hoffnung werden."



"DAS ALLTÄGLICHE LEBEN LÄUFT GANZ NORMAL"

»Der kranke Mann...« oder ein Volk von Terroristen

Nicht nur von den westdeutschen Politikern aller drei im Bundestag vertretenen Parteien wird der Militärputsch begrüßt, auch die Medien und die gesamte bürgerliche Presse stellen sich ausnahmslos auf die Seite der Junta. Dabei gleichen die Kommentare - angefangen von der "liberalen" Frankfurter Rundschau (FR) bis zur großbürgerlichen FAZ bis zur Wortlaut den Erklärungen Evrens.

Wenn dies Verhalten der Presse im folgenden an kurzen Beispielen einmal genauer untersucht wird, dann nicht aus moralischer Empörung über den Zynismus der Journalisten, sondern vor allem um uns selbst klar zu machen, mit welchen Lügen wir aufräumen und worauf wir in unserer Öffentlichkeitarbeit achten müssen.

DER PUTSCH WIRD HERUNTERGESPIELT

Wesentliches Ziel der Berichterstattung ist es, den faschistischen Charakter der Junta und den Putsch über haupt herunter zu spielen. So wird auch im Sprachgebrauch das Wort "Militärputsch" immer häufiger mit "Regierungsübernahme durch das Militär" ersetzt, - sozusagen nur ein Regierungswechsel also.

Demotivierend ist auch die Situation in den Tagen nach dem Putsch "normal" und "zufriedenstellend". Zynisch berichtet die "Tagesschau" am Samstag gleich nach dem Putsch: "nur auf eines mußte die türkische Bevölkerung verzichten: die Fußballspiele fielen aus." Was diese Journalisten als "normal" ansehen, zeigt der Artikel in der Welt am Sonntag vom 14.9., wo es heißt: "Nur einen Tag nach dem unblutigen Putsch hat sich die Lage in der Türkei wieder entspannt..." und dann nur 2 Zeilen tiefer... "allein in Istanbul sind 10.000 Soldaten und 8.500 Polizisten zusammengezogen. Fast jede Kreuzung wird von Panzern blockiert. Auf dem Taksimplatz im Zentrum der Stadt sind allein 26 Panzer aufgeföhren". Das also gilt als "entspannt und normal" was nur zeigt, was auch uns hier "normal" blihen kann, wenn es den Herrschenden in ihr Konzept paßt.

Je härter und offener jedoch die Repressionsmaßnahmen der Junta werden und sie ihr wahres Gesicht zeigt, - desto dürftiger wird die Berichterstattung in der Presse hier. Die Meldung, daß von der Junta sämtliche Stadtparlamente aufgelöst und die Bürgermeister abgesetzt wurden, (24.9.) waren der "Morgenpost" und der "Süddeutschen" noch gerade einen Satz wert, die Frankfurter Rundschau verschwieg die Meldung gleich ganz.

Interessant ist aber auch, mit welcher "Argumentation" der Putsch und die Diktatur vor der hiesigen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden: mit Rassismus und Terroristenhetze

DER KRANKE MANN AM BOSPOROS

.. bzw. deutlicher ausgedrückt, "die bilden die Türken sind eh zu rückständig für die Demokratie". Dies ist das Mot, nach dem mit plattestem Rassismus das "Durchgreifen der Generale" verkauft wird.

Das fängt an mit so subtilen Methoden des Sprachgebrauchs, daß z.B. in der "Welt am Sonntag" (WamS) 14.9. statt "türkische Generale" von "türkengenerälen" die Rede ist und entsprechend in der "Bild am Sonntag" von "Türkenkonsulat" (in Analogie sozusagen zu "Negerstaat")

Aber das ganze läßt sich auch wissenschaftlich verbrämt als "Hintergrundanalyse" sogenannter "Türkeiexperten" verkaufen. So etwa im "Hamburger Abendblatt (HAB) v.15.9.: "...Schuld daran (an der Krise) sind gewiß auch die Politiker, die demokratischen Denken nicht gelernt haben, die Orientalen bleiben ihrem Clan verhaftet, erpricht auf Privilegien ... oder "...Sie (die Parteien) hatten schon in einem Drittel des Osmanenlandes mit dem Kriegsrecht regiert, wenn das Wort "regieren" erlaubt ist, sie haben vor allem ... gegeneinander intrigiert und Verschwörungen angezettelt." (FR vom 13.9.) kurzum: "...Atatürk, ... der die Reste des osmanischen Großreichs nach Westen umorientieren wollte, hatte sein Volk überfordert..." (HAB) 15.9.)

EIN VOLK VON TERRORISTEN...

In der BRD sind wir es hinreichend gewohnt, wie das Stichwort "Terroristenbekämpfung" seit nunmehr bald 10 Jahren als allround-Vorwand zur Bekämpfung jeder linken und radikal demokratischen Bewegung und zum massiven Abbau demokratischer Rechte herhalten muß. Welche geradezu unerschöpflichen Möglichkeiten dieses Wort jedoch bietet, zeigt erst das Beispiel Türkei: Da werden sämtliche 39 im DISK zusammengeschlossenen Gewerkschaftsverbände mit zusammen über 500.000 Mitgliedern verboten und aufgelöst, da werden tausende von Menschen verhaftet, da werden sämtliche Bezirks- und Stadtparlamente aufgelöst ... und das alles zur Terroristenbekämpfung. Man gewinnt den Eindruck, als handle es sich um ein ganzes Volk von Terroristen.

Reaktion der Natopartner - Der Auftraggeber ist zufrieden -

"Die Nachricht vom Militärputsch in der Türkei wurde in Brüsseler NATO-Kreisen mit spürbarer Erleichterung aufgenommen" (Frankfurter Rundschau 13.9.)

"Die USA haben inzwischen angekündigt, der Putsch beinträchtigt in keiner Weise die in Aussicht genommene Wirtschaftshilfe in Höhe von 2,2 Mrd Dollar und die 250 Mio Dollar Militärhilfe. In Regierungskreisen wurde keine Kritik an dem Coup geübt..." (Süddeutsche 15.9.)

- Schmidt sichert Ankara weitere Hilfen zu. (FAZ 15.9.)

"Zwischen SPD, CDU, und FDP herrscht Einigkeit darüber, daß die Wirtschaftshilfe für die Türkei auch nach dem Putsch fortgesetzt werden sollte. (FR 15.9.) Außenminister Genscher betonte "die Türkei sei ein strategisch wichtiger Verbündeter und ein traditionell befreundetes Land.

- Die Außenminister der EG bekräftigen ihre Bereitschaft mit der Türkei zu kooperieren. (FAZ 17.9.)

- Während sich Belgien aus den Nato-Manövern "Anvil-Express" das vom 11.9. bis zum 6.10. in der Türkei durchgeführt wird und an dem u.a. 1.000 Bundeswehrosoldaten teilnehmen, zurückzieht, beharrte neben dem Vertreter Großbritanniens insbesondere die BRD auf der Fortführung "um die Solidarität in der Verteidigungsgemeinschaft nicht in Frage zu stellen." (taz 16.9.)

- Als erstes Abkommen mit der Junta hat die Bundesregierung am 18.9. einen Vertrag für die Ausrüstung der türkischen Polizei abgeschlossen. Neben dem Geschenk von einer Mio DM ist auch die weitere Ausbildung der Polizei in der Türkei und in der BRD vorgesehen. (Milliyet 20.9.)

- Im Rahmen eines Austauschprogramms bereist eine türkische Militärdelegation gegenwärtig die Bundesrepublik. Die Gäste der Heeresoffizierschule in Hannover werden auch in Bonn erwartet. Der Besuch diene der "Festigung freundschaftlicher Verbindungen" erklärte ein Sprecher der Bundeswehr. (Unsere Zeit 20.9.)

- Der Internationale Währungsfond (IWF) belohnte den Putsch in der Türkei auf seiner Sitzung am 29.9. mit der Bewilligung neuer Kredite in Höhe von 92 Mio Dollar (etwa 180 Mio DM). "Wie hierzu aus Finanzkreisen in Washington verlautete, ist dies als ein Signal für die Kreditwürdigkeit der Türkei nach dem Militärputsch zu werten. Es sei damit zu rechnen, daß sich die internationalen Geschäftsbanken und die Regierungen der Industrieländer dem Schritt anschließen." (Welt 30.9.)

Opfer erinnern sich

Folteropfer berichten

In unserer letzten Ausgabe hatten wir angekündigt, daß die Folterberichte von M. Erdost wahrscheinlich fortgesetzt werden müßten, da wir nicht glaubten, daß bis zu dieser Ausgaben, die Erscheinung der Folter aus der Türkei verschwunden sein würde. Hier nun der dritte Bericht dieser Reihe, in dem auf ein Ereignis schon vor anderthalb Jahren eingegangen wird. Aus dem letzten Satz wird aber deutlich, daß auch in diesem Bericht der Schleier der Dunkelziffer etwas gelüftet wurde, denn das Opfer sitzt immer noch in Haft, ohne daß irgend jemand etwas über seinen Verbleib wüßte.

darauf bekam ich eine Binde vor die Augen und wurde eine Zeitlang rumgeführt, angeblich reuf und runter, durch einen Tunnel etc., aber ich bin sicher, daß es das gleiche Stockwerk war. Mit verbundenen Augen wurde ich in der Waagerechten festgezurrert. An Fußzehe und kleinen Finger, sowie - ich weiß nicht, wie ihr es nennt - am Glied bekam ich Strom angeschlossen. Sie wollten 5 Pistolen von mir haben.

"Ihr seid doch vom Schwarzen Meer. Ihr habt immer Waffen."

Bei jedem Stromstoß mußte ich schreiben, ob ich wollte oder nicht. Einer der Polizisten meinte:

"Wenn ich aus dir keine 3 Pistolen raushole - ich habe gerade geheiratet - hole ich meine Frau und übergebe sie dir."

Dann ließen sie mit der Stromstärke nach und spielten kurze Auszüge aus modernen Schlagern. Ich mußte die Interpreten nennen. Immer wenn ich es nicht wußte, bekam ich einen Stromstoß. Später stoppten sie das Band und ließen mich die Städte am Schwarzen Meer aufzählen.

"Größte Stadt der Türkei?" "Hauptstadt der Türkei?"

Dies fragte einer, dem man ganz schnell antworten mußte. Dann plötzlich alle im Chor:

"Stadtstrom."

Dabei wurde die stärkste Dosis eingestellt und wieder alle im Chor:

"Wo sind die Waffen?"

Sie fragten mich auch nach meiner Schwester und Mutter. Aus Angst, daß sie etwas Schlimmes sagen würden, behauptete ich, daß meine Mutter schon gestorben sei. Trotzdem wurde sogleich geflücht:

"Ich bumste die Leiche deiner Mutter, die so weiche gebürt wie dich, um uns zu beschäftigen."

Einer, von dem ich den Eindruck hatte, daß er die Folterungen leitete, meinte einmal:

"Haut ihm nicht soviel auf die Füße, sonst schaffen wir uns noch Probleme."

Die Folterungen gingen bis zum 4. April. An diesem Tage sagten sie mir, daß mich jemand identifiziert habe. Ich mußte diese Protokoll unterschreiben und noch eine weitere Aussage machen. Es tat ihnenleid, daß sie mir keine Waffen hatten entlocken können. Jetzt bin ich seit über einem Jahr in Haft und niemand weiß etwas über meinen Verbleib. Eine Gerichtsverhandlung hat es bislang nicht gegeben."

"Man kann von keinem Richter oder Staatsanwalt erwarten, daß er furchtlos und unresigniert seine Pflicht tut, wenn sein Leben nicht geschützt ist. ... Durch Aussagen, die während der Zeit der vorläufigen Festnahme von den Personen bei der Polizei gefoltert worden sind, ist es den Richtern nicht möglich, die Wahrheit zu finden. ..."

Der Rechtsanwalt Halit CELENK stellte am selben Tage fest:

"Das vergangene juristische Jahr ist von den gesetzlichen und Menschenrechten her betrachtet eine düstere Periode. ... Selbst in den Gefängnissen wurden die Anwälte angefallen. ... Auf der anderen Seite sind die Schläge und Folterungen, die sich in Sicherheitsgebäuden und Gefängnissen verbreitet haben, zu einem festen Bestandteil der Verhöre geworden. Aus den Reihen der Polizei wurden häufig neutrale oder demokratische Personen entfernt. Aus diesem Grunde haben die vernehmenden Beamten häufig Partei gezogen und das Zusammenbringen von Belastungsmaterial in Richtung ihrer eigenen politischen Einstellung hat die Realisierung einer Rechtsprechung in großem Maße behindert."

Sehr aufschlußreich ist auch der Artikel eines stellvertretenden Staatsanwalts in Altindag und schreibt am 21.7. 1980 in der Zeitung DEMOKRAT:

"Ohne die notwendigen Hilfsmittel und Ausbildung, existiert die Ansicht, daß man die Vorverhöre sehr einfach mit Folter einer Lösung zuführen könne, schon sehr lange. Wenn vor dem Gericht der Richter die Beschuldigten auf die Widersprüche in den Aussagen vor der Polizei zu den vor dem Gericht erklärten Sachverhalt aufmerksam macht, erhält er nicht selten die Antwort: 'Mein Herr, wenn sie so verprügelt worden wären, dann hätten sie die Schuld auch zugegeben' Nach unse-

ren Beobachtungen beschäftigen sich die Staatsanwälte und Richter allgemein nicht mit den Foltervorwürfen. Weiter noch, manche Staatsanwälte machen die geheime Übereinkunft zu einer offenen Vereinbarung. Wenn sie nach einer unbefriedigten ersten Aussage den Sicherheitskräften sagen 'treuecht ihn ein wenig', so zeigen sie keine Scheu vor einem direkten Befehl.

Die Richter holen allgemein bei einem Beschuldigten, der seine Schuld nicht zugibt, zur Bestätigung der ersten Aussage die vernehmenden Beamten in den Zeugenstand. Vermutlich wird der Zeuge dann nicht aussagen, daß die Aussage gefoltert wurde. Auf diese Weise wird die Folter institutionalisiert und wir fallen als Nation in die vorverfüllte Zeit zurück. Was ist zu machen? Zunächst einmal müssen die Folter streng disziplinarisch verfolgt werden. Zweitens müssen die Beschuldigten zu Beginn und zum Ende der Verhöre einem Arzt vorgeführt werden. Außerdem muß die Dauer der vorläufigen Festnahme auf die gesetzliche Dauer beschränkt werden. Drittens muß unbedingt schon bei der Voruntersuchung der Verteidiger hinzugezogen werden. An diesem Punkt gilt es, die gesetzlichen Möglichkeiten dafür zu schaffen."

(M.Ayhan BERHEM: "GESTANDNIS UND FOLTER" in DEMOKRAT vom 21.7.1980)

Diese Stimmen dürfen nicht irgend welchen Rufern in der Wüste gehören. Auch von hier aus gibt es Möglichkeiten genau gegen Folterungen in der Türkei zu Felde zu ziehen. So beginnt 'amnesty international' Ende Oktober eine breit angelegte Kampagne gegen die Folter in der Türkei. Und mit eben diesem Titel hat die Alternative Türkeihilfe eine Broschüre herausgebracht, in der umfangreiches Material über Folterungen im Jahre 1980 (nur in der Türkei) als Dokumentation zusammengestellt wurde.

Es war am 29. März 1979. Da ich schlief, hatte ich das Klopfen der Polizei nicht gehört. Sie brachen die Tür auf und plötzlich standen sie neben mir. Ich schaute in die Mündung:

"Rühr dich nicht, sonst wirst du erschossen."

Bei der Durchsuchung fanden sie nichts. Ich wurde aber in den 5. Stock des Polizeipräsidiums gebracht. Nach einer halben Stunde brachte man mich in einen anderen Raum, wo ein väterlicher Typ auf mich einredete:

"Schau, mein Sohn, wir wissen alles, wir wollen nur, daß du es uns nochmal erzählst. Du schaust ganz vernünftig aus, wir wollen nicht, daß du gequält wirst."

Ich hatte überhaupt nichts verstanden. Dann hieß es:

"Gleich können wir dich wie eine Nachricht zwischern lassen, aber selbst wenn du dann redest, wird es zu spät sein."

Nach einer Weile führten sie mich zu einer Art Gegenüberstellung vor einen Spiegel, der von der anderen Seite her durchsichtig war. Bald

Bis zum vernichtenden Urteil muß die Folter angeklagt werden

Es mag sein, daß einige der Leser durch die ständigen Berichte über die Folter inzwischen gelangweilt sind, weil sie sich nur allzu schnell an die ständig wiederkehrenden Formulierungen gewöhnt haben. Wir dürfen aber nicht verstummen. Kompetente Leute im Lande selber sind uns hierbei ein Vorbild. So äußerten sich etliche Juristen zum Ende des Gerichtsjahres erneut öffentlich in der Presse zu den Folterungen im eigenen Lande. Der Vorsitzende der Istanbul Anwaltskammer, Orhan Apaydin, gehörte "Selbstverständlich" dazu:

Folter in der Türkei

Dokumente über:

Folterungen
politische Inhaftierung
Haftbedingungen



INFORMATIONSBROSCHÜRE NR. 2
DER 'ALTERNATIVEN TÜRKIEHILFE' DM 3,-

Zu bestellen bei:
Kamil Taylan Ringelstr. 10, 6000 Frankfurt 60



IMPRESSUM

türkei-information
Kajon 22, 2000 Hamburg 11 tel: 366 678
V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Kajon 22, 2000 Hamburg 11

Auflage: 10 000
Erscheinungsdatum: 2. 10. 1980

Generalprobe für den Putsch: FATSA

Wenn man wissen will, wie die Militärs nach dem Putsch vorgehen werden, sollte man sich ein genaues Bild von der Operation in Fatsa machen. Die Ungesetzlichkeit und Brutalität der Aktion kennzeichnet in hervorragender Weise den Charakter der neuen Herrschaft. Mit nur einem Unterschied: in Fatsa versuchte man erst gar nicht, den Anschein zu erwecken, gegen links und rechts zu sein.

Maskierte Faschisten werden als Sicherheitskräfte eingesetzt

Am 11.7.1980 begann die 'Punktoperation', bei der Streitkräfte aus Izmir, Erzurum, Konya, Bolu und den umliegenden Provinzen eingesetzt werden. Die Nummernschilder sind verhängt und die Gesichter einiger 'Zivilpolizisten' vermmumt. Gerade diese 10 Leute sind es aber, die stumm mit den Fingern auf jene Bürger zeigen, die Fatsa angeblich zu einer Brutstätte der Anarchie gemacht haben.



Zunächst mußten sich die Faschisten als Denunzianten noch maskieren ...

390 Leute wurden in zwei Tagen festgenommen, von ihnen konnten aber nur 6 inhaftiert werden (mit fadenscheinigen Anklagen). Die Bilanz auf der Gegenseite: 5 der 10 Maskierten waren gesuchte faschistische Gewalttäter. Sie mußten ebenfalls hinter Gitter. Der zuständige Gouverneur von Ordu, Rasit Akkaya, antwortete auf die Frage nach der Grundlage ihres Einsatzes:

"Wir haben Frauen sogar Liebedienste machen lassen, um an Informationen heranzukommen. Kann man die etwa Prostituierte nennen?"

Die Logik der Antwort ist bestechend und steht der seines Herrn Demirel wohl kaum nach.

Erste Reaktionen

Dieser Herr Demirel, seines Zeichens Ministerpräsident, assistiert denn auch seinem Schützling mit ähnlicher Wortgewandtheit. Zunächst verweist er darauf, daß es bei seinem Regierungsantritt 54 befreite Gebiete in der Türkei gegeben habe, von denen inzwischen nur noch 10-15 existieren würden. Dann folgte ein wohlklingender Spruch auf den Einsatz der maskierten Faschisten:

"Der Mann hat sein Gesicht verdeckt. Was soll ich als Führer der Regierung sagen? Er hat sich schändlich verhalten. Dann hat er es aufgedeckt und siehe da, er war mit Schande befleckt."

Kein Wort von der Ungesetzlichkeit der Operation, zu der es objektiv nicht einmal den Anschein einer Rechtsgrundlage gab. Man stelle sich einmal vor: eine ganze Stadt wird durch Ausgehverbot (vom Gouverneur verhängt, der dazu gar nicht befugt ist) tagelang eingesperrt, Hunderte von Bürgern werden in Sippenhaft genommen und die verantwortlichen Kreise bewährlicheren sich anschließend ob des Erfolges der Aktion. Ganze 33

Pistolen wurden gefunden, von denen für 17 kein Waffenschein vorlag. - Selbst in Demirels Heimatdorf hätte man mehr finden können. - Oppositionsführer Ecevit brachte es dann auch auf den Punkt:

"In Fatsa wurden die Masken heruntergelassen und das häßliche Gesicht des Faschismus kam zum Vorschein."

Punktoperation wird zur Pilotstudie erweitert

Vordergündig gesehen war die Operation schlicht und einfach fehlgeschlagen. Das 'Nest der Anarchie', Fatsa, hatte weder Anarchisten beherbergt noch große Waffenlager verheimlicht. Mehr noch, der erhoffte Zusammenstoß zwischen linken 'Terroristen' und den staatlichen Sicherheitskräften hatte nicht stattgefunden. Und leider konnte man die politische Gewalt nach der faschistischen Aggression von Corum immer noch nicht anhand von

unter Hinweis auf den Polizeichef von Fatsa, Kemal Sahin, nicht durchsuchen lassen. Die angeblichen Kriminalbeamten entpuppten sich aber als faschistische Aktivisten. Zwei der Insassen waren als maskierte Spione bei der Aktion eingesetzt worden. Das Auto, in dem sie saßen, ist gestohlen und alle drei sind schwer bewaffnet. Dennoch gelingt es der Streife, die drei festzunehmen. Die Polizisten lassen sich auch nicht durch eine andere Streife aus der Stadt Bolu einschüchtern, die mit vorgehaltener Pistole die Beamten auffordert, die Gewalttäter laufen zu lassen. Es kommt aber noch besser. Auf der Wache brüllt der Polizeichef die drei Faschisten an, warum sie sich denn haben schnappen lassen, sie hätten die Streife doch gleich umlegen sollen. Die Streife aus Bolu wird in gleicher Weise über ihre Pflichten belehrt.

Der Mut der Polizisten aus Erzincan ist schon bewundernswert. Sie besitzen die Courage, ein Angebot des Polizeichefs abzulehnen. Er wollte sie ungeschoren lassen, wenn sie ihren Bericht vernichten würden. Schließlich gelangen sie auch aus der Stadt und beschweren sich offiziell über den Polizeichef und Gouverneur. Die Beschwerde ist von 8 Beamten unterzeichnet. 4 weitere Beamte sind als Zeugen aufgeführt. Neben dem oben geschilderten Vorfall findet sich auch der Hinweis in dem Bericht, daß weitere Kollegen in Fatsa zum Foltern abgeordnet worden sind.

Das Ergebnis dieser Beschwerde ist nicht überraschend. Es wird eine Untersuchung angeordnet, die wahrscheinlich nicht einmal ein Resultat zeigen wird. Die beschwerdeführenden Beamten aber, sowie die vier Zeugen werden ihres Dienstes entbunden. Funktionierende Demokratie, wie sie vom auswärtigen Amt der Bundesrepublik für die Türkei bescheinigt wurde.

Faschistische Provokateure werden importiert

In der Zwischenzeit hat der Gouverneur von Ordu die Operation ausdehnen lassen. Alle umliegenden Dörfer werden durchkämt und hier und da heißt in den Nachrichten, daß es zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und 'Terroristen' kam, bei denen einige der 'Terroristen' nur tot gefangen werden konnten. Morde, die in der täglichen Bilanz von knapp 20 Toten im Bürgerkrieg der Türkei kaum noch auffallen. Die Zahl der vorläufig Festgenommenen steigt auf über 1.000 an. In Fatsa richtet die Zeitung der militanten Rechten, 'Hergün', ein Büro ein, wo importierte Faschisten ihre Treffs abhalten. In der Stadt werden bis an die 100 Fremden gezählt, von denen niemand weiß, ob sie zivile Polizisten oder Faschisten sind. Das Ziel jedoch ist klar: Einschüchterung, Angst vor einem faschistischen Generalangriff wie in Corum soll heraufbeschworen werden.

System von Betrug und Ausbeutung wird weiter installiert

Neidvoll hatten selbst ortsansässige Vertreter der Regierungspartei anerkennen müssen, daß es mit Hilfe der Stadtteilkomitees gelungen Glücksspiele und übermäßige Trunkenheit aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Schwarzhandel und Wucherei, in der übrigen Türkei fest institutionalisiert, waren in Fatsa zu Fremdworten geworden. Schon bei den Wahlen zum Vorstand der Verwertungsgesellschaft für Meeresprodukte, DEMAS, mit Sitz in Fatsa hatte die Massenarbeit der Revolutionäre schon frühzeitig Erfolg gezeigt.

Von dem am 18. Juni 1978 gewählten Vorstand konnte aufgezeigt werden, wie die rechtsorientierte Führung seit 1969 mißgewartet hatte. Bei einem Kapitalstock von 40

Millionen Lira unter Volksbeteiligung war den Gesellschaftern zum Schluß ein Schuldenberg von 60 Millionen Lira vorgezeigt worden. Von 300 Millionen Lira, die als Profit verzeichnet worden war, war nichts aufzufinden. Es gelang dem Vorstand die unrechtmäßige Vergabe von 177 Millionen Lira nachzuweisen. Von den 11 gesellschafts-eigenen LKWs gab es ebenfalls keine Spur.

Unter dem neuen Vorsitzenden konnten 45 Millionen an Schulden abgetragen werden, ein Gewinn von 18 % ausgeschüttet und auch zum ersten Mal in der Geschichte der Gesellschaft wurden Steuern gezahlt. Es war aber nicht zu übersehen, daß gewissen Kreise durch diese Entwicklung beunruhigt waren. Auf der einen Seite war Schwarzhandel und Wucherei verschwunden und persönliche Vorteile schienen nicht mehr möglich zu sein. Mehr noch, die Aktivisten der unter den Faschisten konnten nicht mehr durch die Gesellschaft finanziert werden.

Schon nach der Regierungsübernahme durch Demirel hatte der Druck auf DEMAS zugenommen. Schließlich war der Außenminister selber einmündiger Vorsitzender dieser Gesellschaft gewesen und unter dem vorherigen Chef auch noch Berater der Gesellschaft gewesen. Der Bruder vom Ex-Regierungschef, Haci Ali Demirel, der inzwischen durch den Einfluß seines Onkels mit vergoldeter Nase in der Schweiz sitzt, schuldet der Gesellschaft immer noch 3,5 Millionen Lira und das nach dem Wert von vor 10 Jahren, Legaler Einfluß auf die Gesellschaft war aber dadurch erschwert, daß die Gesellschaft einmal ihren Sitz in Fatsa hatte, zudem die Stadtverwaltung einen großen Anteil der Aktien besaß. Trotzdem erfolgte beim Handelsgericht in Istanbul die Einsetzung eines Treuhänders für die Gesellschaft.

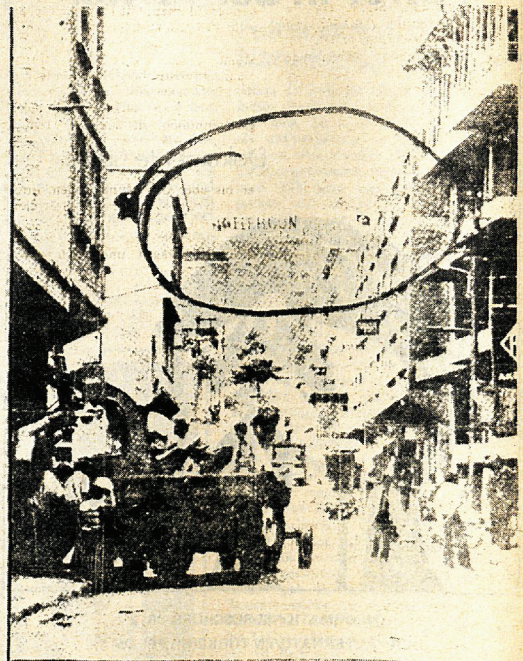
Inzwischen gibt es Meldungen, daß in den Gebäuden der DEMAS Flugabwehraketen deponiert sind und über 200 militante Faschisten über die Gesellschaft versorgt werden. Gleichzeitig werden auch Berichte veröffentlicht, nach denen die üb-

lichen Faschistenmethoden Einzug in Fatsa gehalten haben. Die Zeitung 'Hergün' wird gewaltsam an die Bevölkerung verkauft und nach Art werden Spenden für die Organisation eingetrieben. Zwei Beispiele: Salihi Demir wird auf seiner Fahrt nach Fatsa angehalten und sein Sammeltaxi, ein Kleinbus, wird vom dem Faschisten konfisziert. Sie schicken ihn mit einem 'Danke schön' für die 'Spende' nach Hause. Von einem faschistischen Polizisten werden einem wachhabenden Soldaten 5.000 Lira angeboten, wenn er seinen Posten verläßt, damit man die Häuser ungehindert plündern kann. Er spürt dann den Pistolenknäuf auf dem Kopf, weil er sich auf den Handel nicht einlassen will.

Staatsdiener quittieren Dienst nach Einzug des Staates

Die Liste der menschlichen Dramen ließe sich noch um ein Vielfältiges fortsetzen. So dreht ein junges Mädchen durch, nachdem es auf der Wache gefoltert und vergewaltigt worden war. Aber anscheinend wird das demokratische Mäntelchen für die Aktion auch gar nicht mehr gebraucht. Wie sonst könnte man sich erklären, daß nach dem Einzug der sogenannten 'staatlichen Autorität' wichtige Funktionsträger des Staates keine andere Möglichkeit haben, als den Hut und Reißaus zu nehmen.

Die Untersuchungsrichterin Nilüfer Saliha Engin, die die maskierten Faschisten hinter Gitter brachte, quittiert ihre Dienste, nachdem ihre Taxe auf Befehl des Polizeipräsidenten von Ordu angehalten und die Insassen erst einmal verprügelt wurden. Auch der Staatsanwalt versucht sich mit ärztlichen Attesten aus dem Dienst fortzuschleichen, denn er muß um sein Leben fürchten, nachdem er das faschistische Treiben aufgedeckt hatte. Ebenso findet sich kein neuer Kandidat für den Posten des Landrats, der vom Gouverneur entlassen worden war. Der gleiche Gouverneur muß es erleben, daß innerhalb eines Monats gleich drei stellvertretende Bürgermeister ihren Rücktritt erklären, weil sie die herrschende Praxis in Fatsa nicht mittragen wollen.



... später hingen sie von ihrem Stützpunkt schon wieder Spruchbänder (Büro der faschistischen Zeitung 'Hergün' in Fatsa)

... und noch ein Reisebericht

mit dem DGB (Arbeit und Leben) in der Türkei

Im Juni des Jahres veranstaltete "Arbeit und Leben" (eine Bildungseinrichtung des DGB) ein 11-tägiges Seminar für "junge im DGB organisierte Arbeitnehmer, bei denen sich ... Beziehungspunkte zu türkischen Arbeitnehmern ergeben... Dieses Seminar soll den Teilnehmern die Möglichkeit geben, die allgemeine politische Situation dieses Landes kennen zu lernen ... und soll neben Diskussionen mit türkischen Gewerkschaftern, Politikern sowie Betriebsbesuchen auch die Möglichkeit zu intensiven Gesprächen mit türkischen Arbeitnehmern bieten..." soweit das Programm

Was sich allerdings in der Türkei wirklich abspielte, berichten 7 von 13 Teilnehmern dieses Seminars in einer kleinen Broschüre:

"TURKEI - ein schönes Land... ..fragt sich nur :FÜR WEN ?

EMPFÄNGE, SPITZENFUNKTIONÄRE, UNTERNEHMER...

Als erstes berichten die Kollegen darüber, daß sie nur mit Spitzenfunktionären der TURK-IS zusammenkamen und sich keine Gelegenheiten zu Gesprächen mit Kollegen der Gewerkschaftsbasis oder anderer (DISK-)Gewerkschaften bot:

"Unser Programm begann mit einem ausgedehnten opulenten Abendessen für uns organisiert von unseren Gastgebern, der Bergarbeitergewerkschaft (ZMWU), deren Spitzenfunktionäre uns begrüßten... schon am ersten Abend waren wir überrascht über den Aufwand, der für uns getrieben wurde..." Am nächsten Tag:

"Die geplante Bestichtigung (... in einem Bergwerk) ... wurde eingeleitet durch eine längere offizielle Begrüßung durch die Bergwerksdirektion... Das anschließend in der Werkkantine eingenommene Mittagessen sollte uns einen hautnahen Kontakt zu den Arbeitern ermöglichen, die Begegnung ist leider mißlungen, da unsere Gruppe von der Direktion und den Spitzenfunktionären in einem Mercedeskonvoi vor der Kantine vorgefahren wurde, was die Arbeiter sichtlich abschreckte, zu uns Kontakt aufzunehmen... In besser Eintracht informierten uns Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter über die sozialen Erwerbsverhältnisse für die Bergarbeiter. Wenige neugierige Arbeiter, die näher herantreten wäre, wurden durch eine Handbewegung des Direktors in ihre Grenzen verwiesen..."

...Abends wurde eigens für uns in der Luxusvilla der Bergwerksgesellschaft ein großer Empfang gegeben, finanziert von den Arbeitgebern, die weder Mühe noch Kosten scheuten und eine Musikkapelle sowie etliche Kellner für diesen Abend engagiert hatten

Der letzte Tag in Zonguldak begann mit einem Schulbesuch, den wir uns ausdrücklich gewünscht hatten, allerdings handelte es sich nicht um eine Volksschule, sondern um ein englisches Elitelyzeum..."

TURK-IS - EINE "SAUBERE" GEWERKSCHAFT

TURK-IS, die "Partnerorganisation" des DGB in der Türkei, ist eine "kooperative", d.h. systemkonforme Gewerkschaft, die wesentlich vom CIA

mitaufgebaut wurde, deren Führung im wesentlichen von der politischen Rechten besetzt ist und die ja auch bezeichnenderweise nach dem Putsch (im Gegensatz zur DISK) nicht verboten wurde. Diese politische Ausrichtung der TURK-IS kennzeichnete immer wieder den Verlauf des Seminars:

- So war der von der Bergarbeitergewerkschaft bereitgestellte Dolmetscher ein MHP - Sympathisant, der "kritische Fragen abblockte, bzw. sie gar nicht erst übersetzte oder sie selber beantwortete, zum Teil mit Gegenfragen"

Zu den Aussagen der TURK-IS-Funktionäre nur zwei Beispiele:

"In Ankara empfing uns der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes... auf unsere vorbereiteten Fragen zu den Massendemonstrationen am 1. Mai in der Türkei... teilte er uns mit, daß die TURK-IS-Gewerkschaften den 1. Mai nicht feiern würden und die Mai-Demonstrationen vom Gewerkschaftsdachverband DISK organisiert seien, wobei die Teilnehmer zu 80 % Studenten seien, die wiederum mehrheitlich Anarchisten, Maoisten, Kommunisten und Terroristen seien.

Am nachmittag folgte dann der Empfang bei dem Generalsekretär von TURK-IS Sadik Side... Nach dem (sehr langen und allgemeinen) Referat blieben uns schließlich ca. 40 Minuten, um unsere Fragen... zu stellen. Diese Fragen beantwortete Herr Side durch sehr lapidar, inhaltslos... hier zum Beispiel seine zentrale Aussage:

Die Türkei ist in 3 bis 5 Jahren wirtschaftlich gesundet, wenn genügend Hilfe vom Ausland kommt. Die 4 Mio im Ausland arbeitenden Türken können dann zurückkommen... Auf unsere Zwischenfrage, daß dies wohl eine sehr optimistische Einschätzung sei... meinte er, daß die politische und wirtschaftliche Situation in der Türkei in den westdeutschen Zeitungen verzerrt und z.T. völlig falsch dargestellt wird.

Über private Kontakte stand uns als Informant und Übersetzer ein Assistent der Uni in Ankara zur Verfügung, der ... selber 8 Jahre lang Gewerkschaftsfunktionär bei der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes war, die sich 1975/76 vom TURK-IS gelöst hatte und sich dann dem Dachverband DISK anschloß... Von ihm erfuhr wir auch, daß die Kontakte des Generalsekretärs Herrn Side und eines weiteren hauptamtlichen Sekretärs (Kaya Özdemir, derzeit Ausbildungsleiter von TURK-IS, vorher Generalsekretär von Metall-IS, einer Metallgewerkschaft, die den Grauen Wolf im Emblem hat) zur faschistischen Partei MHP landesweit bekannt sind..."

STATISTEN EINES SCHLECHTEN SCHAUSPIELS

Bereits während des geschilderten "Spitzengesprächs" (mit dem Generalsekretär Side) begannen die Teilnehmer sich zu wundern... Neben ihm waren weitere hauptamtliche Sekretäre anwesend... Daneben nahmen noch der Verbindungsmann des internationalen Arbeitsamtes und der AR-

botschaft der deutschen Botschaft auf dem Podium Platz... Sehr verwundert waren wir auch über das Kamerateam des Türkischen Fernsehen, sowie über die Anwesenheit von Rundfunk- und Zeitungsreportern...

Unser Eindruck, Statisten und Kulisse eines schlechten Schauspiels zu sein, bestätigte sich, als wir am Abend des selben Tages als offizielle DGB-Delegation in der türkischen Tagesschau vorgestellt wurden. Man staunt nicht schlecht, sich auf einer Ebene mit dem Bundesbildungsminister J. Schmude, dem bayrischen Finanzminister und drei hohen NATO-Offizieren wiederzufinden, die sich zur selben Zeit in Ankara befanden.

Die Bedeutung dieser Aktion für die Öffentlichkeitsarbeit von TURK-IS liegt auf der Hand: Durch das hohe Ansehen des DGB in der Türkei hat TURK-IS selbstverständlich ein großes Interesse daran, die 'freundschaftlichen Kontakte zwischen DGB und TURK-IS' möglichst bekannt zu machen. Aus diesem Grunde mußte die Lage, wir seien eine DGB-Delegation... aufrechterhalten werden. Wir wurden also als Kulisse für die propagandistische Aufwertung von TURK-IS und einiger ihrer Funktionäre benutzt, deren Gesicht zur besten Sendezeit über die Bildschirme stimmerten."

Als den Teilnehmern ihre Funktion bewußt wurde... wurde für sie eine Teilnahme an weiteren offiziellen Gesprächen mit TURK-IS-Funktionären politisch und moralisch nicht mehr vertretbar.

Nach einem ergebnislosen Versuch der 7 Teilnehmer über ein Gespräch das Programm zu ändern und zu einer Klärung zu kommen, wurde von der Reiseleitung das Seminar kurz zerhand vorzeitig beendet.

In einem Brief an der Vorstand von Arbeit und Leben (A.u.L.) und den DGB-Landesvorstand in Hamburg schildern und kritisieren die 7 Kollegen die Erfahrungen des mit TURK-IS durchgeführten Seminars und fordern ein Gespräch und eine schnelle Klärung mit dem Veranstalter (AuL) und dem DGB.

"Im Namen des Vorstandes von Arbeit und Leben und des DGB Hamburg" wurden die Kollegen daraufhin "für ihr unkollegiales Verhalten in der Türkei" und ihr "eigenmächtiges Fernbleiben vom Programm" kritisiert und ihnen mitgeteilt, daß an einem Gespräch "... oder einer weiteren Erörterung ... kein Interesse ... besteht."

Nicht zuletzt diese Antwort macht deutlich, daß es sich bei dem Ablauf des Seminars keineswegs um einen "Ausrutscher" oder um "Unkenntnis" seitens der DGB-Führung handelt. Anscheinend hat die DGB-Führung auch nichts gegen die Praktiken seiner "Partnerorganisation" TURK-IS einzuwenden.

Stattdessen fordern die Kollegen in ihrem Brief:

"Als Demokraten, Gewerkschafter und Menschen, die sich mit den türkischen Arbeitern verbunden fühlen, lehnen wir eine Fortsetzung der Kontakte mit TURK-IS ab..."



Reaktionen aus den Reihen von SPD

Entsprechend der unverhohlenen Zustimmung der BRD-Regierung und SPD-Spitze zum Putsch in der Türkei, ist auch die Reaktion der DGB-Gewerkschaften und der unteren SPD-Gliederungen fast durchweg recht laut und nichtigstastend.

Während der SPD-Bundestagsabgeordnete Kl. Thüssing auf einer Jusowahlveranstaltung in Hamburg, "den sofortigen Stopp aller Hilfsmaßnahmen für die Türkei nach dem Militärputsch" fordert (FR 17/9.) und auch das Hamburger Vorstandsmitglied der GEW Bernd Göbel in der Verteilung des Putsches immerhin erwähnt "Der Putsch beweist, wie berechtigt die Bedenken der Abgeordneten waren, die im Bundestag gegen eine weitere Militärhilfe für die Türkei gestimmt haben" (die Neue 17/9.) beschränken sich die meisten Stellungnahmen der DGB-Gewerkschaften auf den Ausdruck ihrer "Besorgnis" und "Bestürzung" und die Forderung nach Freilassung inhaftierter Gewerkschafter in der Türkei, o h n e jedoch die Rolle der Türkeihilfe der Bundesregierung zu erwähnen und ohne eine klare Forderung nach Nichtanerkennung der Junta und Stopp der Türkeihilfe.

Typisches Beispiel für die "konsequente Solidarität" a la DGB-Führung ist vielleicht das Verhalten auf dem Gewerkschaftstag der Eisenbahnergewerkschaft (GdE) in Berlin: " (die Neue 17/9/80)

"Widerspruchsvoll und gleichzeitig typisch für das Verhalten einer bundesdeutschen Gewerkschaft war die Behandlung des Türkenantrages der GdE-Jugend. Darin wurde die Einstellung der bundesdeutschen Wirtschaftshilfe an die Türkei gefordert. Das war einen Tag vor dem Putsch der Generale. Die GdE-Jugend begründete: Diese Milliardenprize dient den reaktionären Machthabern in der Türkei, sie sei deshalb ein Schlag gegen die türkische und bundesdeutsche Arbeiterbewegung. Dieser Antrag wurde von der Antrags-

kommission praktisch in sein Gegenteil verkehrt, indem von der Bundesregierung lediglich verlangt wurde, bestimmte Auflagen bei der Vergabe der Wirtschaftshilfe zu machen und darauf zu dringen, daß die Militärhilfe im Sinne der NATO verwendet werde. Nun war daraus ein regierungstreuer Antrag geworden. Er wurde auch so angenommen. Am nächsten Tag, als der Putsch der Generale bekannt wurde, gab es für den Gewerkschaftstag aus der Türkei eine optisch beeindruckende Solidarität des gesamten GdE-Kongresses. Aber der Beschluß vom Vortage wurde nicht revidiert."

Während also die weitere finanzielle und militärische Unterstützung der Türkei durch die westlichen imperialistischen Länder und die BRD gesichert ist, galt die erste Sorge der BRD-Politiker der nach dem Putsch sicherlich steigenden Zahl von Asylbewerbern in der BRD. Unter der Überschrift "Kühn fordert Hilfe, wenn zehntausend Türken kommen" berichtet die Welt v.15.9. daß der Bundesbeauftragte für Ausländerfragen Heinz Kühn (SPD) ein "härteres Vorgehen gegen ausländische Extremisten" ankündigt. Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brand forderte in einem Interview nach ! dem Putsch "der Mißbrauch des Asylrechts" müsse gestoppt werden.

Gegenüber derartigen Versuchen, die Regierungspolitik der SPD auch innerhalb der Gewerkschaften und in der Arbeiterschaft durchzusetzen und den Putsch herunterzuspielen, ist es unsere Aufgabe gerade auch in den Betrieben und Gewerkschaftsgremien entgegenzutreten, konsequente Forderung nach Nichtanerkennung der Junta und Stopp jeglicher finanzieller Unterstützung aufzustellen und eine echte Solidarität zu organisieren.

AUF RUF

Am 12. September fand in der Türkei ein Militärputsch statt. Viele glauben, daß durch den Putsch der Generale der Bürgerkrieg beendet und politischer Frieden in der Türkei hergestellt würde. Dieser Putsch war von langer Hand geplant. Er wurde durch den Terror der rechtsradikalen "Partei der nationalistischen Bewegung" (MHP) vorbereitet, deren erklärtes Ziel es war, ein solches politisches und soziales Chaos zu schaffen, daß schließlich das Militär die Macht übernimmt. Dadurch sollten alle die auf Veränderung drängenden Kräfte, die für sozialen und demokratischen Fortschritt kämpfen, ausgeschaltet werden.

Dieses Ziel ist jetzt erreicht. In der Türkei finden Massenverhaftungen statt; die fortschrittlichen Organisationen und Gewerkschaften sind verboten, ihre Mitglieder verhaftet. In der Osttürkei, der Region, die überwiegend von Kurden bewohnt ist, sind hunderte von Oppositionellen eingekerkert worden. Die Aktionen der Generale, so viel ist jetzt schon sicher, haben das Ziel, Friedshofruhe zu schaffen, um die türkische Wirtschaft zu sanieren.

Diese Praxis der Unterdrückung haben die Militärs schon in den letzten Monaten demonstriert.

Die Dokumentation: "Folter in der Türkei" zeigt, in welchem Umfang Menschenrechte durch die Militärbehörden verletzt worden sind. Aus all diesen Gründen ist die "Alternative Türkeihilfe" wichtiger denn je zuvor. Den verhafteten Oppositionellen und ihren Familien muß geholfen werden. Die "Alternative Türkeihilfe" ist der Demokratie verpflichtet, nicht aber den wirtschaftlichen und militärischen Interessen von USA und NATO.

Unterstützen Sie uns durch Ihre Unterschrift und Spende:

Kontaktadresse: Kamil Taylan, Ringelstr. 10, 6000 Frankfurt 60
Kontonummer : Spendekonto Jürgen Roth; Deutsche Bank, Frankfurt
Bankleitzahl: 500 700 10
Kontonummer: 401 23 57/01

ERSTUNTERZEICHNER:

SPD-Abgeordneten: Manfred Coppik, Klaus Kirschner, Klaus Thüsing. Schriftsteller: Jürgen Roth, Günther Wallraf, Gerhard Zwerenz. Kamil Taylan (Journalist-Demokrat), Bernd Hoffmann (ai-Türkei-Koordinator), Tilman Zülch (Gesellschaft für bedrohte Völker), Anna Rheinsberg (Schriftstellerin), Dr. Reinhard Opitz (Publizist), Ruth Pfriem, Klaus Mecking (Verleger), Renate Kirchheim (Sozialwissenschaftlerin), Ingeborg DREWITZ (Schriftstellerin), Bernd Engelman (Schriftsteller), Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Schulz (Schauspieler), Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller) Werner Schlegel (Autor/Publizist), Günter Pabst, AGAV Arbeitsgemeinschaft alternative Verlage und Autoren, Horst Bingel (Schriftsteller), ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Klaus Vack (Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Klaus Traube (Schriftsteller), Horst Bingel (Journalist), Gerhard Schuhmacher (Journalist und Filmemacher), Karola Block, Claus Offe (Professor).

Weg der 'Rechts'findung: FOLTER

Nein, lieber Leser, die Folterqualen der Demokraten in der Türkei haben immer noch nicht aufgehört. Deswegen müssen wir auch in dieser Ausgabe wieder von schrecklichen Vorkommnissen berichten. Alle Proteste - auch aus dem Ausland - haben bisher nicht ausgereicht, diese Geisel der Menschheit als systematisch angewandtes Mittel der 'Rechts'findung im immer weiter faschisierten Sicherheitssektor der Türkei anzuhalten.

Fast in allen Städten der Türkei wird von Folterungen berichtet. Kein Wunder, daß auch Fatsa nach der großangelegten Operation im Juli durch die 'fachmännisch' durchgeführten Folterungen zusätzliche Berühmtheit erreichte.

Ein Ort von vielen: FATSA

Bei der Militäroperation am 12.7.80 in der Kreisstadt Fatsa am Schwarzen Meer wurden anfänglich 390 Menschen festgenommen. Die Identifizierung erfolgte bei der Aktion durch maskierte Rechtsextremisten, die zum Teil wegen verschiedener Delikte schon rechtskräftig verurteilt worden waren. Nach den Verhören wurde nur noch eine kleine Zahl von Fatsanern festgehalten. Unter ihnen war der Bürgermeister Fikri SÖNMEZ, von Beruf Schneider, der Ende 1979 mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt worden war. In der Presse wurde berichtet, daß er in den 8 Tagen seiner vorläufigen Festnahme schweren Folterungen ausgesetzt war. Unter dem Schock der Ereignisse starb sein Vater an einer Herzattacke.

Am 31.7.1980 meldete sich der Gewerkschaftssekretär aus der Provinzhauptstadt Ordu, Baki Kaya, zu Wort und stellte fest, daß viele Beschäftigte der Stadtverwaltung gefoltert wurden. Unter ihnen befanden sich Emine TÜY und Seher ERTOP, die im Polizeipräsidium gefoltert wurden.

Nach Berichten der Tageszeitung CUMHURİYET wurde der Rechtsanwalt Vural SOYTEKİN ebenfalls gefoltert. Das Resultat waren gebrochene Rippen und Wasser in den Lungen. Da man ihn außerdem in eine Scheibe stieß, war auch sein Gelenk aufgeschnitten. Eben dieser Rechtsanwalt gab an, daß neben den oben schon erwähnten städtischen Arbeitern auch

B. BAYER, H. UYGUN, H. ABAS, M. GÜL, H. CALISKAN, M. C. ACISUDAN, M. ICMELE, Y. AYDIN, V. TEPE, H. AYDAR, C. AKINCI, M. ASLAN, A. AK-YAZI, Y. SEVINCE und C. TAS gefoltert wurden. Diese Arbeiter hatten sich am 28.7.1980 mit den Reportern der Zeitung CUMHURİYET verabredet, konnten aber nicht mehr zu dem Termin kommen, da sie kurze Zeit vorher verhaftet wurden.

Neben dem Einzug von faschistischen Provokateuren, die die ganze Stadt mit Morddrohungen und Erpressungen versuchten, in die Knie zu zwingen, gingen die Folterungen auf der Polizeistation ständig weiter. So wurde Anfang September gemeldet, daß ein junges Mädchen ihren Verstand verlor, nachdem sie auf der Wache zur Befriedigung der sadistischen Beamten für eine entsprechende Aussage vergewaltigt worden war.

Neue Methode: Nägel ausziehen und Salz essen lassen

Bei einer Operation unter Arbeitern, die in einer Baracke in der Nähe der Stadt Artvin untergebracht waren, wurden drei Arbeiter zum Verhör mitgenommen. Gegen 4 Uhr morgens mußten sie am 5.8.80 mit auf die Wache kommen. Zunächst wurde Hüseyin Aslan ohnmächtig geprügelt. Bei Hasan Aslan und Erdogen Karatas ging man etwas vorsichtiger vor. Sie bekamen erst einmal eiskaltes Wasser übergeschüttet. Am ganzen Leibe zitternd, mußten sie sich anschließend auf den Boden legen und Teppich für die Beamten spielen.

Durch all die Fragen nach 'Subversiven' und dergleichen ganz verwirrt, hatten sich die Arbeiter wohl erst recht verdächtig gemacht. Denn die erlittenen Schmerzen schienen noch nicht auszureichen. Während man Hüseyin Aslan kurzerhand den Fußnagel des linken großen Zehes herauszog, so daß ihm erneut ganz schwarz vor den Augen wurde, wurden die anderen beiden gezwungen, Salz zu essen. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß vor einiger Zeit drei Dorfwohnern in der Nähe von Adana eine versalzene Teigsuppe verabreicht wurde, worauf sie gestorben waren.

Die drei Arbeiter aus Artvin wurden am 8.8.80 zwar wieder freigelassen, an Arbeit ist aber für sie vorläufig nicht zu denken. 10 Tage Arbeitsunfähigkeit stand auf dem Attest für Hüseyin.

BEKANNT ZU SEIN SCHÜTZT VOR FOLTER NICHT

Im Gegensatz zur Zeit der Militärdiktatur von '71 bis '73 war bei der Folterproduktion der Demirel-Regierung eine Abkehr von prominenten Folteropfern zu beobachten gewesen. Das heißt aber nicht, daß man nicht gefoltert werden würde, wenn man einmal eine exponierte Stellung im öffentlichen Leben eingenommen hat. Letztes Beispiel dafür ist Nabi Belekoglu, der mit zum Zentralvorstand des inzwischen verbotenen Lehrerverbandes TÖB-DER gehört hatte.

Er wurde am 14.08.80 von einer Streife aus einem Cafe abgeführt, weil er die Zeitschrift 'GERCEK' bei sich trug. Von insgesamt 6 Polizisten, einer davon in Zivil, wurde er für insgesamt 5 Stunden verhört, und Verhör heißt hier natürlich geprügelt oder noch direkter: gefoltert. Wie in so vielen Attesten zuvor, ist auch in dem ärztlichen Gutachten für Nabi Belekoglu überall die Rede von Ekchymosen (zu deutsch: Blutergüssen).

Dunkelziffer um eins verringert: Ali Uygur

Genauere Zahlen über die Höhe der nicht ermittelten Fälle von Folterungen, und hier insbesondere derer mit Todesfolge läßt sich nicht angeben. Aber in solchen Angelegenheiten ist es häufig wie mit einem Eisberg. Der unsichtbare Anteil ist wesentlich größer als der sichtbare. Nun ist es aber in einem Fall gelungen, etwas Licht in einen Foltermord zu bringen, obwohl selbst nach den eindeutigsten Beweisen immer noch versucht wird, die Sache zu vertuschen.

Am 1.7.80 wird der Lehrer Ali UYGUR auf der Zugfahrt von Adana nach Pozanti festgenommen und später ins Polizeipräsidium gebracht. Nachdem die Frist der vorläufigen Festnahme um ist, erkundigen sich die Verwandten nach seinem Verbleib und erhalten vom Chef des 1. Polizeireviere folgende Auskunft:



Welche Schmerzen das Ausziehen der Fußnägel verursacht, ist unbeschreiblich. Nebst Artvin wird die gleiche Methode aus Ordu gemeldet.

"Er ist am 9. Juli geflohen."

Als Ali Uygurs Schwager ihm berichtet, daß behauptet wird, daß Ali tot sei, wird ihm erwidert:

"Hoffentlich ist er gestorben."

Von der Kriegsrechtkommandantur des Gebietes wird auf einer Pressekonferenz eine Verhaftung einer Person mit dem Namen verneint. Der stellvertretende Polizeipräsident von Mersin teilt der Zeitung 'DEMOCRAT' fernmündlich mit, daß Ali Uygur nach Ankara verlegt worden sei. Allerdings läßt sich der Aufenthalt nicht bestimmen. Die Mitgefängenen Mitat NISAN, Mahir KECECI und Özcan FEDAKAR sind zwar nach Ankara verlegt worden, aber über den Verbleib von Ali U. ist keine genaue Auskunft zu erhalten, so daß die Verwandten den Verdacht äußern, er sei zu Tode gefoltert worden und man wolle dies verheimlichen.

Die Identität der Leiche ist aber von den Offiziellen nicht eindeutig zu bestimmen, obwohl die Mutter und Schwester übereinstimmend aussagen, daß es sich nur um Ali UYGUR handeln könne. Aufschlußreich ist auch die Aussage eines Totengräbers, der angibt, die Leiche von Ali Bütin am 15.7.1980 angenommen zu haben, wegen fehlender Identifikation sei aber 15 Tage später in einer anderen Gruft untergebracht zu haben. Trotz all dieser Meldungen behauptet der Gouverneur von Mersin weiterhin, daß Ali Uygur geflohen sei.

Inzwischen sind 7 Rechtsanwälte mit der Interessensvertretung der Familie Uygur betraut worden. Die Familie wird ferner von einer breiten Hilfskampagne unterstützt. So kam es in der Stadt zu Demonstrationen, bei denen teilweise mehr als 5.000 Menschen teilnahmen.

Folter ist keine Naturkatastrophe

Schon in dem Fall von Ali Uygur hatten die Bürger einer Stadt gezeigt, daß man die Folter nicht einfach als unabwendbares Schicksal hinhinnehmen muß, sondern daß man sich dagegen gemeinsam zur Wehr setzen muß. Allerdings sollte man nicht meinen, daß dadurch die herrschenden Kräfte gleich eine Einsicht in die Ungesetzlichkeit ihres Tuns bekommen würden. Im Gegenteil, sie unternehmen häufig alles, um solche Proteste zu verhindern.

So kam es Ende August in der Stadt Tarsus, in der schon im April 10 Leute bei Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften ihr Leben lassen mußten, erneut zu scharfen Angriffen auf die demonstrierende Bevölkerung, die dagegen protestierte, daß zwei Bürger auf der Wache zu Tode gefoltert worden waren. Auch bei diesen zwei Opfern hatte man zunächst nicht gewußt, wie sie gestorben waren. Man hatte die Leichen von Kutsal Cercel und Tayfun Selen in einem Garten gefunden und erst später hatte sich herausgestellt, daß sie zuvor auf die Polizeiwache geschleppt worden waren. Erneut gab es bei den Protesten Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften, in deren Verlauf 5 Leute ihr Leben lassen mußten und mehr als 10 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Diese Qualität von Polizeieinsatz dürfte aber eindeutig beweisen, daß die Foltervorwürfe inzwischen auch von den 'Folteroffizieren' ernst genommen werden.



Folter endet nicht selten auf dem Friedhof. Wer vor einigen Tagen noch hoffnungsvoll in die Zukunft schaute, ist nach dem Auffinden schon halb verweset. Ali UYGUR und seine Mutter am geöffneten Grab.

"Die Person ist vor ca. 35-50 Tagen verstorben, zwischen 25 und 30 Jahren alt und ca. 1,70 m groß."



ALI UYGUR

Fatsa ist nicht alleine von der Operation betroffen

In den 70er Jahren war nicht nur in Fatsa, sondern praktisch an der ganzen Schwarzmeerküste, unter den Tee- und Haselnußbauern ein Bewußtseinsprozeß abgelaufen, der ihren Widerstandswillen gegen die Ausplünderungspraxis von Händlern und der staatlichen Preispolitik gestärkt hatte. Noch in diesem Jahr kam es vielerorts zu machtvollen Demonstrationen gegen Repression und die Preise für Tee und Haselnuße. Bei der Vorbereitung einer solchen Aktion durch eine "Piratenkumgebung" wurde in Juni in Camas/Kreis Fatsa Schittin Tiric auf Befehl eines Unteroffiziers erschossen. Die aufgebrachte Menge tötete nicht nur den Unteroffizier, sondern zwang die Armeeinheit, sich in die Schule zurückzuziehen.

Die vom Gouverneur geplante Vergeltungsaktion mit massiver Staatsgewalt konnte eine Zeitlang mit Barrikaden auf den Zufahrtswegen abgeblockt werden. Schließlich hatte die Bevölkerung aber keine andere Möglichkeit mehr, als in die Berge auszuweichen. Die "Spotoperation", wie sie vom Gouverneur bezeichnet wird, fand 24 Tage vor der "Puntoperation" von Fatsa statt und kann als Generalprobe für diese einmalige Vernichtungskumgebung angesehen werden. In Camas hatte man erreicht, daß diese Stadt für einige Wochen zu einer Geisterstadt wurde, in der man keine Menschenseele treffen konnte.

Inzwischen kann aber weder von "Spot" noch "Punkt" die Rede sein, die Aktion ist zu einer "Flächenoperation" geworden. Die den Dörfer und Landstriche sind davon ebenso betroffen wie naheliegende Städte. Als Beispiel: Aybasti. Hier gab es von jeher einen größeren faschistischen Druck. Foltermeldungen häuften sich schon seit Anfang des Jahres. Ende August folgte dem eine größere "Säuberungsaktion". Nachdem die Faschisten in 2 Monaten schon 8 Bürger der Stadt umgelegt hatten, meinten die Staatsorgane nun auch noch Schützenhilfe geben zu müssen. Bei der Operation werden die Faschisten Salih Yaman und Necati Kaya, als Dirigenten eingesetzt, dieses Mal ganz ohne Masken. Mehr als 120 Leute werden in 2 Tagen festgenommen und von vielen kann man hören, daß sie maßlos gefoltert wurden. Selbst ein Reporter der Zeitung "DEMOKRAT" wird 24 Stunden festgehalten, von denen er 8 Stunden stehen muß. Ihm wird nicht einmal ein Grund für seine Festnahme mitgeteilt.

Fatsa wird nicht untergehen

Mit massiertem staatlichen Einsatz erlebt die Schwarzmeerküste derzeit das, was in der übrigen Türkei schon gang und gäbe ist. Das Wort dafür ist offener faschistischer Terror. Insofern scheint Fatsa wirklich in die übrige Türkei "eingemeindet" worden zu sein. Die herrschenden Kräfte haben aber vergessen, daß der Name der Komitees "Widerstand" heißt und den werden die revolutionären Kräfte in Fatsa leisten, sowie auch in anderen Teilen der Türkei. Man darf dabei aber nicht außer acht lassen, daß sich die Stadtteilkomitees in Fatsa schon einmal anderen Aufgaben widmen konnten. Und bei allen Vertrauen in die Widerstandskraft der Völker der Türkei, darf eine Gefahr nicht übersehen werden. Große Teile der Sozialistischen Bewegung in der Türkei könnte den Mut verlieren, nachdem der hoffnungsvolle Funken von Fatsa vorläufig ausgeblasen zu sein scheint.

Fatsa Botschaft an uns ist, daß sich dort niemand dem faschistischen Terror beugen wird, wir sollten Fatsa aber auch wissen lassen, daß es im antifaschistischen Kampf nicht alleine ist.



Die Platanen von Fatsa

Das Ziel des Sozialismus ist, nicht nur die vom Kapitalismus geschaffenen Mißstände - ungenügende Ernährung, schlechte Wohnsituation, Krankheiten, Betriebsmorde usw. - zu beheben, sondern zugleich im Verhältnis von Hand; und Kopfarbeit eine Umwälzung herbeizuführen, dieses Verhältnis mit der Zeit aufzuheben und alle entstandenen geistigen Verkümmern zu beseitigen. Die Verwandlung der von kapitalistischer Arbeitsteilung geschaffenen passiven und apolitischen Menschen in Aktive und politische Menschen, die an allen gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen, ist das entscheidende Ziel des Sozialismus. Die Realisierung dieses

Zieles ist gleichbedeutend mit der Übernahme der Funktionen des sich über die Gesellschaft stellenden und entfremdenden Staates durch die Gesellschaft.

Dieses wurde sowohl in der sozialistischen Weltpraxis als auch in der revidierten Theorie lange Zeit verschwiegen. Heute existieren jedoch in unserem Land revolutionäre Kreise, die dieses Ziel buchstäblich von neuem ins Leben gerufen haben und die den Anspruch ergehen, die Massen schon in der Gegenwart auf die Zukunft vorzubereiten. Man liest in der Presse

berichte, wonach Organisationen gegründet worden sind, die einerseits eine aktive Verteidigung gegen den Faschismus anstreben, andererseits aber das entscheidende Ziel des Sozialismus schon in der Gegenwart zu realisieren versuchen, d.h. die Keimzellen der zukünftigen Volksherrschaftsorgane schaffen. Nach Presseberichten finden in Betrieben, Stadtteilen und Schulen diese von allen Antifaschisten getragenen Organisationen große Zustimmung und verbreiten sich sehr schnell. In diesen Organisationen kommt eine echte Volksdemokratie zur Anwendung. Menschen, die im Betrieb und Büro Sklaven der Teilarbeit geworden sind und Schüler, die e

einer degenerierten Ausbildung ausgesetzt sind, sehen in Solidarität und Einheit die Früchte ihrer gemeinsamen Arbeit heranreifen und betreffen, was die Kraft der Massen bedeutet und was für Schlimmes der Kapitalismus bei ihnen angerichtet hat. Sie lassen ihre Schulen, Straßen und Häuser nicht mehr von Unternehmern bauen, sondern sie bauen sie selber. Sie lernen dadurch etwas, was sie bis dahin nicht kannten und werden dementsprechend bewußter und glücklicher. Waren sie bisher nur passive Leser, Zuschauer oder Zuhörer, so lernen sie nun in diesen Organisationen auch schreiben, ein Theaterstück aufführen oder singen. Ihre Fähigkeiten entwickeln sich und sie werden zu aktiven Menschen. Sie lernen diskutieren, hören und gehört werden, und vor allem im Kollektiv arbeiten. Menschen, die im Kapitalismus verkümmerten, lernen in diesen Organisationen ihre allseitige Ganzheit zu finden.

Kurz, Menschen, die von Alters her nur verwaltert wurden, lernen nun die Selbstverwaltung kennen in dem Maße aber, wie sie lernen, gerät der Staat einer ihnen fremden Klasse ins Wanken, und die Kapitalisten spüren immer mehr, daß sie nicht mehr Herr ihrer Sache sind. Und sie werden unruhig und schreien "Am Ort X existiert der Staat nicht mehr".

Die Organisationen, die das "Heute" mit dem "Morgen" verbinden, wachsen ständig. Zweifellos wird die Frucht dieses aufblühenden Baumes in naher Zukunft ausgereift sein. Dieser Baum wird so tiefe Wurzeln schlagen, daß diese sogar die Wurzeln der Riesenplatanen mitten in FATSa ins Staunen versetzen und zu der Feststellung "Gut gemacht, Kinder, besser könnte es gar nicht gehen" veranlassen wird.

Reisebericht

Als Deutsche, die zum ersten Mal die Türkei bereist hat, möchte ich versuchen, einige meiner Eindrücke wiederzugeben und sie dem gegenüberzustellen, was ich an Erwartungen und vielleicht auch Vorurteilen mitgenommen hatte. Besonders interessant war für mich die Situation von Frauen in der Türkei kennenzulernen, mit Frauen zu reden und vor allem zu fragen.

Meine Reise begann in Kusadasi, einer touristischen Kleinstadt an der Mittelmeerküste. Hier sind die Menschen sehr aufgeschlossen und gastfreundlich, sie sind an Fremde gewöhnt. Als erstes fällt mir auf, daß nur ganz wenige Frauen ein Kopftuch tragen, bzw. den Schleier bis über den Mund ziehen. Interessanterweise sind es hauptsächlich die Frauen der "Gastarbeiter", die hier auf Heimaturlaub sind, die ein Kopftuch tragen und auch einen leichten Sommermantel.

Die Gegend um Kusadasi ist sehr fruchtbar, auf den Obst- und Gemüsegeldern sieht man fast nur Frauen bei der Arbeit: beim Tabakpflücken oder Auffädeln, beim Ernten, beim Verpacken in Kisten, beim Transport mit dem Traktor. Als Schutz vor Sonne und Staub tragen sie weiße Baumwolltücher, die bei besonders staubigen Arbeiten über den Mund gezogen werden. Während der Arbeit unterhalten sich die Frauen über Familie, Sorgen und Politik, mittags essen sie im Schatten alle gemeinsam. Die Kinder, die meistens auch dabei sind, helfen mit oder verkaufen am Straßenrand das geerntete Obst und Gemüse. Fast überall an den Feldrändern sieht man überdachte Gerüste stehen, wo die Frauen bei der größten Hitze rasten bzw. schlafen. Einmal in der Woche wird die Ernte auf dem Obst- und Gemüsebazaar von Kusadasi verkauft. Fast alle Verkäuferinnen sind Bäuerinnen, die ihre eigenen Produkte verkaufen und sie sind entsprechend selbstbewußt. (Im Vergleich dazu: auf dem Bazaar in Ankara habe ich keine

einzig Frau als Verkäuferin gesehen. Die Waren werden dort von professionellen Händlern verkauft, die jede Beziehung zu ihnen verloren haben!) Ich habe einmal erlebt, wie ein Mann, der wegen des Preises feilschen wollte, von einer Bäuerin widerstandswillig wurde. Was er sich denn dachte, das Obst und Gemüse sei in mühsamer Arbeit gezogen worden. Begleitet wurde das ganze vom Gelächter der Frauen an den Nachbarständen, die sich alle weigerten, dem Mann nun auch nur noch irgend etwas zu verkaufen. Eine unheimlich wichtige Erfahrung für mich, die sehr schwer zu vereinbaren ist mit dem Bild der ruhigen, gehorsamen Türkin, die wir in der BRD so oft erleben.

In Kusadasi scheint die Welt zunächst noch in Ordnung zu sein. Man spricht und liest zwar über den zunehmenden Staatsterror, ist aber nicht unmittelbar betroffen. Da die Nachrichten in Funk und Fernsehen einseitig pro Demirel gefärbt sind, ist die Lektüre verschiedener Zeitungen oft die einzige objektive Informationsmöglichkeit. Die Tageszeitung "Demokrat" z.B. die hier nicht wie in Ankara verboten ist, ist spätestens um 9.30 Uhr in allen Geschäften ausverkauft. Am Strand werden daher die Zeitungen prinzipiell gegenseitig ausgeliehen, oft entstehen dabei Diskussionen über das Gelesene. Die politischen Parolen an Häuserwänden und Mauern lassen darauf schließen, daß hier verschiedene politische Gruppen vertreten sind. Die Stadt Kusadasi hat übrigens eigens 2 Maler angestellt, die die Parolen überpinseln sollen. Sie werden nie arbeitslos, denn da, wo heute übermalt wird, steht spätestens morgen wieder etwas geschrieben.

Fährt man mit dem Auto von Kusadasi nach Ankara, entfernt man sich von der Küste, ändert sich sehr bald die Landschaft und Menschen. Die Gegend wird hügelig und das Grün wird durch verstaubte Dürre

ersetzt. In Mittelanatolien ähneln sich Menschen und Landschaft sehr: die Männer blicken düster und feindselig, die Frauen sind alle verschleiert und ihre Haltung ist viel weniger selbstbewußt als die der Frauen im Westen. Mißbilligende Blicke treffen die europäisch gekleideten Frauen, sie trauen uns kaum, hier anzuhalten. Immer häufiger sieht man hier auch faschistische Parolen an den Wänden. "Der einzige Weg ist der Islam", "Nieder mit den roten Knechten Moskaus", "Die roten Hunde werden sterben" usw. Ein- und ausschließlicher Straßenschildern und Häusern lassen darauf schließen, daß es hier zu Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten gekommen ist. In Afyon, der Stadt, die von den Faschisten als "befreites Gebiet" gefeiert wird, sieht man nur noch rechte Parolen. Überall taucht das Zeichen ÜGD (Jugendorganisation der MHP) auf. In der Stadt halten die Faschisten ungehindert Autos an, "kontrollieren" Ausweise und durchsuchen das Gepäck.

Ankara hat nach neuesten Schätzungen ca. 2,5 Mio. Einwohner, von denen 80 % in den gecekondus ("über Nacht erbaut"), die sich wie ein Gürtel um die Stadt ziehen, leben. Vor allen wichtigen Gebäuden, vor Banken und Versicherungen patrouillieren Soldaten. Fast jede Nacht wird man durch Schüsse oder Demonstrationen wach. 12 Stadtteile in Ankara "gehören" Devrimci Yol, 12 den Faschisten. Wir konnten nie gerade Wege durch die faschistischen Gebiete umfahren mußten. Die wildsten Kämpfe tobten in den gecekondus, bei der Zeitung Demokrat habe ich eine Frau kennengelernt, die im gecekondu Tuzlucaer wohnt, und die mich einlädt, sie dort zu besuchen. Tuzlucaer liegt zwischen zwei Hügel, ein Teil des Gebietes ist von Faschisten bewohnt, der andere Teil von Demokraten. Im Moment stehen dort viele Häuser leer, denn zahllose Menschen

haben das Gebiet aus Angst verlassen. Die Frau, die ich besuche, holt ihre gesamte weibliche Verwandtschaft und Nachbarschaft zusammen. Die meisten dieser Frauen arbeiten als Putzfrau oder Kochhilfe in Banken, Versicherungen, Kaufhäusern oder Fabriken. Sie erzählen mir, daß sie gemeinsam mit den Männern dieses gecekondus ein Komitee gegründet haben, das die Aufgabe hat, die Angelegenheiten dieses Stadtteils zu regeln, z.B. gibt es eine Gruppe, die die Kinder von der Schule abholt, damit ihnen nichts passiert. Eine andere Gruppe sorgt dafür, daß niemand, der von der Arbeit kommt, allein von der Bus- oder Dolmuş-Haltestelle (Lasstaxi) nach Hause gehen muß. Am Eingang jeder Straße stehen Tag und Nacht je zwei Wachposten (männlich und weiblich), die alle drei Stunden abgelöst werden. Die Frauen erzählen, daß diese Wachposten hier lebensnotwendig seien und daß, auf der anderen Seite die Organisation dieser Wachen nicht so recht klappe, da alle berufstätig und total überlastet sind. Stolz berichten sie mir von dem letzten großen Erfolg ihres Komitees: sie haben gemeinsam einen Müllplatz besetzt, der mitten im gecekondu angelegt worden war, und so dafür gesorgt, daß der Platz vom Müll befreit und desinfiziert wurde. Ich staune über die Selbstverständlichkeit, mit der die Frauen hier von den Aktionen erzählen, die sie mit den Männern gemeinsam tragen. Schließlich frage ich danach, ob diese Art der Gleichberechtigung im Privatbereich vertreten ist. Zuerst wird meine Frage gar nicht verstanden, dann werde ich ausgelacht. Na klar, daß die Männer zu Hause mithelfen: einkaufen, kochen, waschen etc.! Eine Antwort, die mir erstmal die Sprache verschlingt! Die Frauen halten dieses Thema ganz offensichtlich für nicht weiter diskutenswert, denn sie stellen mir nun ihrerseits Fragen: "Wie ist die Lage dort? 2 Millionen Arbeiter aus der Türkei in der BRD?"

Reisebericht – Fortsetzung

„Wie denkst du über das neue Asylrecht? Lohnt es sich überhaupt, in der BRD Asyl zu beantragen? Wer beantragt es?“, „Wie sind die deutschen Arbeiter organisiert?“ usw. Ich staune darüber, wie gut diese Frauen informiert sind und frage, woher sie das alles wissen. Durch Diskussionen und dadurch, daß eine immer die Zeitung vorliest, ist die Antwort. Dann erzählen sie mir über die ständigen Gewalttaten der Faschisten im gecekondo. Vor einigen Monaten, bevor hier Wasserleitungen gelegt wurden, gingen die Frauen immer zum Brunnen, um Wasser zu holen. Dort wurden sie reihenweise angeschossen, denn der Brunnen liegt genau zwischen dem faschistischen und dem demokratischen Gebiet. Jede Nacht hört man hier Schüsse und selbst am Tag kommt es zu Kämpfen. Oft verkleiden sich die Faschisten als Frauen und überfallen Häuser, in denen Frauen allein sind. Gerade als mir das erzählt wird, hören wir draußen Schüsse. Nach einigen Minuten erfahren wir, was passiert ist: 2 Faschisten haben ein Haus überfallen, ein 17-jähriges Mädchen erschossen und zwei andere Frauen schwer verletzt. Die Frauen nehmen diese Nachricht relativ gelassen hin, es ist hier ein Teil des Alltags. Einige weinen, aber nicht nur aus Trauer, sondern mit geballten Fäusten und aus Wut. Etwas später kommt eine Frau herein, die alle auffordert, mit ihr zu gehen: „Eine unserer Töchter ist umgebracht worden, wir versammeln uns am Ende der Straße, um zu diskutieren, was zu tun ist!“ Alle gehen sofort mit; ich sehe alte Frauen in traditioneller Tracht, junge Frauen und Kinder. Unsere Freundin rät uns, jetzt lieber zu gehen, denn bald wird geschossen werden. Sie hat kaum ausgeredet, als schon die ersten Schüsse fallen. Es sind auch Frauen, die schießen.

Am nächsten Tag erfahre ich, daß bei dieser Schießerei noch mehrere Frauen verletzt wurden, Tote gab es keine.

Die darauffolgenden Tage verbringe ich im Ankara Büro der Tageszeitung „DEMOKRAT“, um deren Arbeit kennenzulernen. Zunächst bin ich erstaunt darüber, daß mit so wenig vorhandenen Mitteln eine so gute Arbeit geleistet werden kann. Im Büro gibt es ein Telefon und einen Fernschreiber mit nationalem Anschluß. Es gibt keine elektrische Schreibmaschinen oder andere technische Geräte, die die Zeitungsarbeit erleichtern könnten. Die Redakteure, von denen ca. die Hälfte Frauen sind, arbeiten oft Tag und Nacht, je nach Bedarf. Da die Zeitung sehr wenig Geld hat, haben die Redakteure selbst ein sehr gutes System überlegt, nach dem sie bezahlt werden: jeder sagt, wieviel er zum Leben braucht. Das ist sehr unterschiedlich, denn einige leben noch bei den Eltern, andere haben eine eigene Familie zu versorgen oder leben allein. Die Beträge, die jeder angibt, werden bei der Redaktionskonferenz diskutiert und genehmigt. Seitdem die Zeitung in Ankara verboten ist, kommen täglich viele ehemalige Leser und Zeitungsverkäufer, um die wenigen vorhandenen Exemplare in der Redaktion zu lesen. Der Publikumsverkehr bei „Demokrat“ ist auch sonst sehr lebhaft. Fast stündlich kommen Leute, die von faschistischen Repressionen und Attentaten berichten; die Zeitung druckt die meisten dieser Berichte ab.

Seit meiner Reise sind jetzt 6 Wochen vergangen. Am 11.09.1980 kam der Militärputsch.

„Demokrat“ ist jetzt überall in der Türkei verboten.

FASCHISTEN NUN AUCH GEGEN MSP

Die nationale Heilspartei (MSP), die sich in Konya auf eine starke Wählerbasis stützen kann, mußte zum ersten Mal gegen MHP-Faschisten eine klare Stellung beziehen und sogar ihre Basis zu „Notwehr“ gegen die Faschisten aufrufen. Demirel's mußte nach der Forderung der MSP den Polizeipräsidenten von Konya innerhalb von 48 Stunden abrufen.

Am 21. und 22. Juli berichtete die Tageszeitung „DEMOKRAT“ über den faschistischen Terror in Konya und warnte sowohl die Öffentlichkeit als auch die offiziellen Behörden vor den neuen Angriffen der Faschisten gegen alle Andersdenkenden und speziell gegen den CHP-Abgeordneten von Konya, Mustafa Üstündağ, was auch an den Mauern von Konya zu lesen war. Die MHP (Nationalistische Bewegungspartei), TIT (Türkische Rachebrigade-illegal) und ÜYD (Verein der Idealisten) standen als Verfasser unter einer Parole, welche nichts anderes als einem Aufruf zu den Racheaktionen für den am 27. Mai erschossenen 2. Kopf der MHP, Gün Sazak war: Für einen Sazak tausend Üstündağ!

Am 24. Juli wiesen die MSP-Abgeordneten und Funktionäre von Konya in einer Pressekonferenz besonders darauf hin, daß die Faschisten die in Konya keine Massenbasis hätten, von der Polizei und anderen offiziellen Behörden unterstützt worden. Sie erklärten, daß die MSP immer geduldig gewesen war, von jetzt an aber für weitere Entwicklung verantwortlich gemacht werden kann. Die Reaktionen der Faschisten auf die Pressekonferenz der MSP kam am selben Tag: Die Büroräume der Zeitung „Zukunft der Türkei“ und das Auto von MSP-Stadtvorsitzenden Ali Güner; wurden in die Luft gesprengt. Die Läden und Häuser der MSP'er wurden ebenfalls von bewaffneten Truppen überfallen.

Säuberung in der Volkspartei Weiße Weste für die Reaktion

Gerade noch rechtzeitig vor der Machtübernahme durch die Militärs erfolgte innerhalb der als sozialdemokratisch eingestuften republikanischen Volkspartei CHP eine Säuberungswelle, bei der ganze Provinzvorstände auf einmal ausgeschlossen wurden. Mit Izmir, Antalya, Manisa (im Westen) und Ordu und Giresun (am Schwarzen Meer) seien hier nur die wichtigsten genannt. Ein vorläufiges Verbot aller Parteitaktivitäten wird aber wohl nichts an einer zukünftigen sozialdemokratischen Politik in der Türkei ändern.

Schon vor den Ereignissen in Corum waren Stimmen aus der Basis der CHP laut geworden, daß sich die Parteiführung in der Frage des Kampfes gegen den Faschismus zu passiv verhalte. Nach dem faschistischen Großangriff in Corum, der nur durch den entschlossenen Widerstandswillen der Bevölkerung unter Anleitung der Gruppen außerhalb der CHP hatte abgewehrt werden können, mehrten sich die Stimmen aus der eigenen Partei (insbesondere der Jugendorganisationen) die eine entscheidendere Kampfhaltung von dem Parteivorstand forderten.

Aber selbst angesichts von 29 prominenten Mordopfern aus den Reihen der CHP unter der Demirel-Regierung war die Führung nicht bereit, ihren Kurs der Abgrenzung nach links zu verlassen. Im Gegenteil wurden die Provinz- und Kreisvorstände kurzzeitig abgesetzt, die im Verdacht standen hier und da mit „extremen“ Linken zusammengearbeitet zu haben. Ja, die Führung ging sogar soweit, dafür auf der anderen Seite mit den reaktionären Kräften der Gesellschaft zu buhlen, so daß sie schließlich die Aufgabe übernahm, eine westliche Interessenspolitik zu verfolgen und sich mit dem Erzfeind Gerechtigkeitsspartei AP zwecks großer Koalition an einen Tisch zu setzen. Ergebnis: im Prinzip Einheit in der Frage nach schärferen Gesetzen zur Bekämpfung des Terrors = Abbau demokratischer Rechte.

Deswegen ist es auch dem linken Flügel in der CHP nicht zu verdenken, wenn sie hier keine andere Möglichkeit mehr sahen, als ihren Protest auch öffentlich zu bekunden. Dies geschah aber zu einem Zeitpunkt, als der Zug längst abgefahren war, die unliebsamen Oppositionellen in der Partei ihrer Ämter beraubt waren, der Kuhlhandel mit Demirel konkrete Formen angenommen hatte und die Machtübernahme für einen abgewirtschafteten Demirel vor der Tür stand.

DEMIREL VERGLEICH ECEVIT MIT WEIMAR

Die Äußerung von Demirel Ende August, daß Ecevit eigentlich so wie Weimar sei, ruft in der Türkei Heiterkeit hervor, da Ministerpräsident Demirel wieder einmal sein fundiertes Geschichtswissen unter Beweis gestellt hat. Er hat bewiesen, daß er zwischen Menschen und Städten

Dennoch müssen die 32 Parlamentarier für ihren Mut bewundert werden, weil sie nach dem Putsch als linker Flügel der CHP diejenigen waren, denen die „Ehre“ einer vorläufigen Verhaftung zuteil wurde. In ihrer Erklärung vom 8.9.80 heißt es unter anderem:

„Die CHP muß unverzüglich ihre unentschiedene Haltung aufgeben und entschlossen ihren Platz in den Reihen derjenigen einnehmen, die im gesellschaftlichen Widerspruch auf der Seite der Arbeit, der Unabhängigkeit und der Demokratie stehen. Eine CHP, die Organisationen des Amtes entsetzt, die in schweren Tagen ihre Last getragen haben, die sich nach rechts ziehen läßt, hat das Recht verloren, sich als Verfechter des Friedens der Demokratie, der Unabhängigkeit und der Gesellschaft überhaupt zu bezeichnen.“

Einige dieser Parlamentarier fanden in der inzwischen verbotenen Zeitung „DEMOKRAT“ ihr Sprachrohr, wo zum Beispiel der Abgeordnete von Izmir, Aslantas, sagte: „Die CHP hat sich bei ihren Entscheidungen in wesentlichem Maße geirrt oder wurde schlecht beraten. Sie hat die Massenbasis, die sich hinter unserer Partei aufgebaut hat, zum großen Teil verloren. Während nach jedem erfolglosen Schritt die Notwendigkeit einer Selbstkritik bestand, haben sie begonnen, alle Mittel anzuwenden, um die parteiinterne Opposition auszuschalten. Dies ist die Clique unserer zentralen Vorstand.“

Der Abgeordnete von Antalya, Hasan Ünal, brachte folgende Einschätzung: „Der zentrale Vorstand der CHP hat sich mit diesen Maßnahmen (Amtsenthebungen) rechts von der Basis abgelehnt. Die Leitung der CHP löst sich von der Basis, die sich gegen den Faschismus zur Wehr setzt, und wird zusehends einsamer.“

Oder aber der Abgeordnete von Zonguldak, Kemal Anadol: „Der zentrale Vorstand ist gegenüber der Basis der CHP und unserem Volk um mindestens 30 Jahre zurück.“

Kurz darauf äußerte sich der zentrale Vorstand zu den gemachten Vorwürfen. Bei der Diskussion innerhalb der Fraktion kam es zu tumultartigen Szenen, bei denen nicht nur mit Worten gestritten wurde. Schließlich war auch die Argumentation des zentralen Vorstands äußerst dürftig. Sie versuchten sich mit sehr allgemeinen Sätzen zu verteidigen, indem sie den Kritikern vorwarfen, linke Abenteuer zu verfolgen.

nicht unterscheiden kann, obwohl man ihm schon insofern recht geben muß, daß der Führer der republikanischen Volkspartei, Ecevit, darauf und dran ist, die gleichen Fehler zu begehen, die die deutschen Sozialdemokraten in der Zeit der Weimarer Republik begangen haben. Es kommt eben nur darauf an, daß man die plumpe Art von Demirel richtig interpretiert.

EX-GENERAL LEGT FAULE EIER

Kemal Türkler, Vorsitzender der Metall-Gewerkschaft (MADEN-IS) in Istanbul von Faschisten ermordet. 23 Juli 1980

Kemal Türkler, 54, seit 27 Jahren, Vorsitzender der Metall-Gewerkschaft (Maden-Is) ist in Istanbul vor seiner Wohnung von Faschisten ermordet worden. Nachdem die Nachricht über den Tod bekannt wurde, legten die Arbeiter aus Protest landesweit die Arbeit nieder. Der Vorsitzender der Revolutionären Arbeiter Konföderation (DISK), Abdullah Bastürk: „Es ist unsere Aufgabe, die Fabriken und Wohnviertel zu Hochburgen im Kampf gegen den Faschismus zu machen. Einziger Punkt auf unserer Tagesordnung ist der Kampf gegen den Faschismus.“

An der Trauerfeier, die am 25 Juli 80 in Istanbul stattfand nahmen über 100 000 Arbeiter und Werktätige teil. Arbeiter, Beamten, Lehrer, technische Kräfte, Jugendliche sagten bei der Machtvollen Demonstration: „NIEDER MIT DEM FASCHISMUS!“

Ex-General und ehemaliger Abgeordneter der Demirel'schen Gerechtigkeitspartei, Ali Elverdi, der als Vorsitzender des militärischen Sondergerichts in der 12. März-Periode u.a. für die Hinrichtung von 3 Revolutionären verantwortlich war, gab anlässlich einer Rede folgendes von sich: „Wenn sich der Terror in eine Massenbewegung umwandeln sollte, dann werden wir die Terroristen nicht einzeln verhaften, sondern einfach alle totschießen... Wenn im Lande ein Chaos entsteht, dann greifen wir zur Waffe und vernichten alle Kommunisten... Falls sich Ecevit für die Anarchisten einsetzt, dann bricht der Bürgerkrieg aus. Es gab in der Kriegsverwaltung einige faule Eier. Sie sind nun ausgewechselt. Ankara lag in schwachen Händen, jetzt ist ein Klassenkammerad von mir der Kriegrechtskommandant...“

Pressefreiheit 1980

Um die Pressefreiheit in der Türkei zu beseitigen, hätte es gar keiner Intervention der Militärs bedurft. Der Staat, der die innere Sicherheit schon vorher den Militärs überlassen hatte, zeigte seinen entschlossenen antidemokratischen Charakter schon wesentlich früher, als er die Zeitungen verbot, die mutig genug waren, die Zusammenarbeit von Staat und zivilen Faschisten aufzudecken.

So führte die Berichterstattung der Zeitung „DEMOKRAT“ über Folterungen, illegale Operationen der Sicherheitskräfte, Auflistung der faschistischen Mordopfer und der gezielten Todesschüsse durch Militär und Polizei schon am 9.7.1980 zu einem Verbot der Zeitung in Ankara. Dies bedeutete, daß der Vertrieb der Zeitung im gesamten Osten erheblich behindert wurde.

DEN FASCHISTEN WERDEN DIE GEFÄNGNISTORE GEÖFFNET

Als am 27.7.80 zwei zum Tode verurteilte Faschisten aus dem Militärgefängnis Mamak befreit wurden, verstand auch der Oppositionsführer Ecevit, warum diese Zeitung verboten worden war. Sie hatten nämlich schon am 15./16.6.80 von dem geplanten Fluchtversuch berichtet und dabei auch die Uniformen erwähnt, die bei dem Ausbruch benutzt wurden.

Auch in der Folgezeit wurde anhand mehrerer Fluchtversuche aus den Gefängnissen deutlich, wie zivile Faschisten und staatliche Stellen bei der inoffiziellen Amnestie 1980 für Faschisten Hand in Hand arbeiteten. So wurde am 11.8.1980 berichtet, daß aus dem Gefängnis Epiri/Ordu zwei gemeingefährliche Faschisten entlassen worden waren, ohne daß sie auf der Entlassungsliste überhaupt erwähnt worden waren. Angeblich hatte der Gefängnisdirektor ihre Namen mit denen anderer Häftlinge verwechselt.

Am 4.9.80 gelang es insgesamt 7 Faschisten aus dem Gefängnis in Konya zu entkommen. Ein Brand in der Haftanstalt vor einiger Zeit

SCHLAGLICHTER

hatte die sichere Unterbringung verunmöglicht, so daß es bewaffneten Helfern gelang, sieben Gesinnungsgenossen während der Besuchszeit freizuschleusen. Unter den Geflohenen befand sich auch der Mörder von Hakan YURDAKUL und Ahmet COBANOGLU, dem Sohn des CHP-Abgeordneten von Konya.

Noch offener war die Fluchthilfe für Hasan Kizilirmak, der von Izmir nach Iskenderun gebracht werden sollte. Mit dieser Aufgabe wurden zwei faschistische Polizisten beauftragt, die Hasan Kizilirmak auch gleich laufen ließen. Ähnlich wie die Nachrichten von den Ausbrüchen dürften die Machthaber der Türkei auch durch die Nachrichten aus den Gefängnissen beunruhigt gewesen sein. In ihnen wurde immer wieder von einer Sonderbehandlung der Faschisten gesprochen, die nicht nur zusätzliche Besuchszeiten eingerichtete bekamen, sondern sich vollkommen frei bewegen durften und nicht selten ihren Tee gemeinsam mit dem Wachpersonal tranken.

Neben Briefen aus den Gefängnissen erschienen in der Zeitung „DEMOKRAT“ aber auch eine Nachricht, daß im Gefängnis Sigmacılar, in Istanbul, zwei Gefangene, die wegen Diebstahls einsaßen, von den Faschisten hinterrücks erstochen worden waren. Bei den zwei Opfern hatte es sich nicht einmal um politische Gefangene gehandelt. Es ist klar, daß Waffen nur über das Wachpersonal in das Gefängnis kommen konnten.

Staatliche Begünstigung wurde aber auch noch an anderen Fällen aufgezeigt. So bekam Sevkat Cetin, der im Zusammenhang mit der Flucht der Mörder Ferhat Tüysüz und Veli Can Oduncu gesucht wurde, ein Lehrendiplom von der Pädagogischen Hochschule in Konya ausgestellt. Datum: 4. Juli 1980. Entweder das Diplom ist ganz einfach gefälscht, oder aber niemand hat bei der Prüfung gegen den ge-

suchten Faschisten etwas unternommen. Wenn man weiß, daß auch Konya zu den belagerten Städten in der Türkei gehört, so ist das nicht verwunderlich. In dieser Stadt waren sogar Angehörige der klerikalen Heilspartei zu Zielscheibe des faschistischen Terrors geworden.

Diese Art Berichterstattung scheint in der Türkei nun durch die Machtübernahme der Militärs vorübergehend beseitigt zu sein. Um so gestört werden die faschistischen Banden nun ihr Unwesen treiben können. Auch durch diese Maßnahmen zeigt die Armee ihr wahres Gesicht: sie ist nicht Schützer der Demokratie, sondern gesteigerter Staatsterror, offener Faschismus in der Türkei von 1980.

Der Fall Yeni-Celtik

„Wir sind im Streik, damit wir weiter existieren können.“

Nach erfolglosen Tarifverhandlungen im Bergbauwerk Yeni-Celtik gingen die Arbeiter in den Streik. Kurze Zeit später wurde das Werk geschlossen. Der Beschluß über die Schließung des Bergwerkes, das eines der rentabelsten in der Türkei ist, wurde von den Arbeitern als eine politische Entscheidung bewertet. Einer von den Arbeitern zu Journalisten:

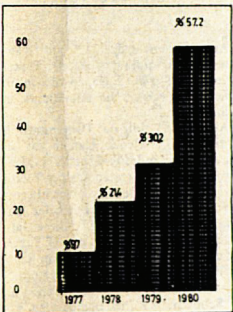
„Da wir hier um unsere Rechte kämpfen, fühlt sich der Arbeitgeber nicht wohl. Vorher ließ er uns durch Gewaltanwendung arbeiten. Seitdem wir in der Gewerkschaft YERALTI-MADEN-IS (Revolutionäre Bergarbeitergewerkschaft) organisiert sind, haben wir gelernt zu kämpfen, um wie ein Mensch zu kämpfen. Wir sind die Produzenten. Wir werden auch die Leitung übernehmen.“

Wirtschaft

Kurz berichtet

- Nach Inkrafttreten des 'Stand-by'-Vertrages mit dem IWF beschlossen die OECD-Staaten, die fälligen Schuldentilgungen der Türkei zu stunden.
- Am 4.8.1980 wurde die türkische Lira erneut geringfügig abgewertet was im Sprachgebrauch der Regierung 'Angleichung der Wechselkurse' heißt.
- Trotz strenger Auflagen des IWF vergrößerte die Demirel-Regierung im August das Geldvolumen um 34 Milliarden Lira.
- Die Tageszeitung "Demokrat" veröffentlichte Anfang August folgenden Situationsbericht über die türkische Wirtschaft:

a. Preiserhöhung in den ersten 5 Monaten der Jahre 1977-80



Demirel hat dem IWF versprochen, dass die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt nicht höher liegen wird als 55%. Da aber die ersten 5 Monate dieses Jahres eine Inflationsrate von 57,2% aufwiesen, müssten die Preise in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen!

BEDIENSTETE IM GESUNDHEITSDIENST LANDESWEIT IM STREIK

In einer Erklärung in Ankara hieß es:

"Die in den Komitees der Gesundheitsrichtungen organisierten Bediensteten haben gegen die Einschüchterungspolitik des Faschismus auf das schärfste protestiert."

"Forderungen der türkischen Ärztekammer nach einer gewerkschaftlichen Organisation des Gesundheitspersonals wurden von den verschiedenen fortschrittlichen Gewerkschaften des Gesundheitsdienstes unterstützt."

Die Bediensteten leisteten Widerstand gegen die Einführung des Gesetzes "Tam Süre" (ganztags), das sie als ein Unterdrückungsinstrument betrachteten.

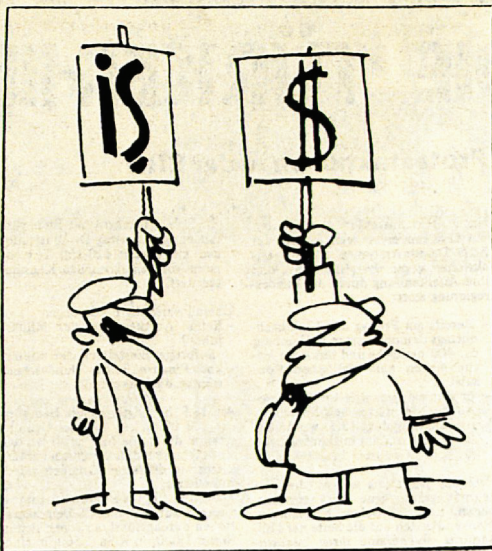
Ärzte, Krankenschwestern, Putzfrauen haben die Patienten, die in die Krankenhäuser nicht aufgenommen wurden, über den Grund ihrer Aktion informiert. Sie erklärten den Patienten, daß diese Aktion nicht gegen das Volk, sondern als ein Protest gegen die Gesundheitspolitik der Regierung gerichtet sei.

Während des Streiks haben die Faschisten in einigen Krankenhäusern versucht, den Streik zu brechen und zu besitzeln. Dennoch wurde der Streik durch eine starke Beteiligung auf Landesebene erfolgreich durchgeführt.

Der Präsident der Ärztekammer, Erdal Atabek, wurde wegen des Auftrufes zum Widerstand inhaftiert. Die Tatsache ist bemerkenswert, weil die Verhaftung aufgrund eines bislang nicht angewandten Paragraphen 312 erfolgte. Inzwischen ist Herr Atabek aber wieder freigelassen.

BESCHLAGNAHME LKW'S WERDEN INS AUSLAND ENTFÜHRT

Ex-Ministerpräsident Demirel ist in der Türkei nicht nur wegen seiner strengen Regierungsform bekannt, sondern eben auch durch die unsauberen Geschäfte seiner Familie. Hä-



İŞ - ARBEIT

- b. Der Reallohn der Arbeiter ging in den ersten 3 Monaten des Jahres um 15% zurück, während die Kaufkraft der Gehälter um 20,9% schrumpfte.
- c. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erhöhten sich in den ersten 5 Monaten des Jahres um 54%, während in gleichem Zeitraum die Preise für industrielle Produkte um 60% stiegen.
- d. Die verschärfte Geld- und Zinspolitik der Demirel-Regierung führte zu einer starken Monopolisierung. In den ersten 7 Monaten des Jahres wurden 515 Firmen liquidiert. Allein in den ersten 6 Monaten des Jahres machten 6000 der 22000 Tante Emma-Läden in Istanbul bankrott.
- e. Der Produktionsrückgang nahm beachtliche Masse an. Die LKW-Produktion z.B. ging um 48,4% zurück.
- f. Offiziell betrug die Arbeitslosenzahl Ende April 2,385 Millionen.
- g. Die türkische Lira wurde im Jahr 1980 insgesamt um 55% abgewertet.
- h. Anfang August streikten in 207 Betrieben 54.822 Arbeiter. Und der Streik von 80.662 Arbeitern in 24 Betrieben wurde per Regierungsbeschluss z.T. für 3 Monate ausgesetzt.

DIE EINKOMMENS-VERTEILUNG IN DER TÜRKIE

Nach den Statistiken der Weltbank nimmt die Türkei bei der Einkommensverteilung der zweitletzten Platz ein. 10% der Bevölkerung bekommt mit 14% den größten Teil vom Kuchen. 60% der arbeitenden Bevölkerung hat dagegen nur einen Anteil von 24%.

Forderung: Freiheit
Antwort: Bau von 24 Gefängnissen

Heute sind in der Türkei 24000 Dörfer ohne elektrischen Strom, 3000 ohne Schule, 36000 Wohnsiedlungen ohne Wasserversorgung. Trotzdem werden in diesem Jahr die im Bau befindlichen 10 Gefängnisse fertiggestellt. Der Bau von weiteren 27 Gefängnissen wird in den Jahren 1981/82 beendet sein.

DIE GALATA-BRÜCKE DIESMAL SOLL NICHT VON BETRÜGERN, SONDERN VON DER STADT VERKAUFT WERDEN

Vor einigen Jahren hatte in der Türkei ein Mann namens Süllin Osman großes Aufsehen erregt, als es ihm gelungen war, historische Gebäude der Türkei an reiche Amerikaner zu verschachern in dem er ihnen gefälschte Papiere vorgelegt hatte. Er hatte sogar die Galata-Brücke einem Amerikaner andrehen können, war aber dann plötzlich verschwunden. Nun plant die Stadtverwaltung von Istanbul einen ähnlichen Coup. Sie hofft, daß aus dem Verkauf der Schwenkbrücke 900 Millionen Lira in den Haushalt der Stadt wandern werden, von denen ein großer Teil für den Lohn der Stadtbediensteten aufgewendet werden soll, bei denen die Stadt mit 587 Millionen Lohnschulden in der Kreide steht. Die Galata-Brücke war 1910 von der deutschen Firma MAN erbaut worden und hatte zuletzt jedes Jahr ca. 250 Millionen Lira für Reparatur und Instandhaltung verschlungen.

Noch mehr Brot, noch weniger Fleisch

Ernährungsmängel bereiten verschiedenen Krankheiten den Weg. Da die Lebenshaltungskosten und die Versorgungsschwierigkeiten drastisch ansteigen, ist die Volksgesundheit in einer gefährlichen Situation: Die Bevölkerung kann die notwendigen Nahrungsmittel nicht kaufen. Demirels Politik der freien Marktwirtschaft und die nicht kontrollierten Preise ließen besonders die Kosten bei den proteinhaltigen Nahrungsmitteln sehr stark ansteigen. Das unaufhaltsame Klettern der Preise für Käse, Fleisch und Milch läßt Nahrungsmittel wie diese von den Tischen der Haushalte verschwinden.

Dazu der Generalsekretär des Zentralkomitees der türkischen Ärztevereinigung Dr. Sükrü Güner:

"Da die Kaufkraft der Bevölkerung es nicht zuläßt, lebenswichtige Nahrungsmittel zu kaufen, wird sich eine ungesunde Generation entwickeln. Aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten tauchen in den letzten Jahren häufig Knochenkrankheiten auf. Bei den meisten kranken Kindern, die die Flüsse der Krankenhäuser füllen, zeigen sich Zeichen von Unterernährung zur Welt kommen. Die Sterblichkeitsrate bei Säuglingen liegt in der Türkei bei 15,3%. Der Hauptgrund für diesen hohen Prozentsatz liegt in der unzureichenden

Ernährung. Eine schwangere Mutter muß zusätzlich zum normalen Essen pro Tag mindestens 1 Glas Milch und 2 Eier zu sich nehmen. Der Preis hierfür beträgt 20 Lira täglich, d.h. auf den Monat umgerechnet ein Neuntel des Mindestlohnes. Außerdem muß ein Säugling bis zum Alter von 12 Monaten zusätzlich zur Muttermilch täglich 750 ccm Milch trinken. Die Kosten hierfür: ein Siebtel des Monatslohnes. Es wird sofort klar, daß die Bevölkerung den Anforderungen der Säuglingsernährung nicht gerecht werden kann. Aus diesem Grunde füllen sich die Polikliniken mit kranken Kindern. Die Ursachen ihrer Krankheiten sind mit der Fehlernährung einhergehende Erkrankungen des Verdauungssystems und fiebrige Erkrankungen. Hauptsächlich beklagen sich die Familien über Durchfall. Eine Krankheit, die häufig auftritt, ist die Rachitis. Dies ist eine auf Fehlernährung zurückgehende mit Vitamin-D-Mangel verbundene Krankheit."

Um eine 4-köpfige Familie einigermaßen zu ernähren, wären im Monat mehr als 13000 Lira notwendig. Der Mindestbruttolohn in der Türkei beträgt demgegenüber 5400 Lira!! (Und der wird auch nur in der Industrie gezahlt, in der Landwirtschaft sieht die Einkommenssituation noch katastrophaler aus).

DEMOKRAT vom 30.8.1980

EIN EINKAUFSTREIFEN VOLL WAREN KOSTET 1270 LIRA

Der Mindestbruttolohn in der Türkei beträgt zur Zeit 5400 Lira. Ein Arbeiter, der nur über diesen Lohn verfügt, muß, wenn er einmal zum Markt geht und das Nötigste einkauft, dafür annähernd die Hälfte seines Nettolohnes ausgeben. In einer Zeit wo die Mieten bis auf 10.000 Lira angestiegen sind, das Fleisch 400 Lira kostet, der Käse 200 Lira und die Bohnen 70 Lira, muß das mittellose und ausgebeutete Volk für zwei Netze voll Waren arbeiten. Dazu der Feuerwehrbeamte Recep S.:

"Zum Schlachter und zum Obsthändler gehe ich erst gar nicht hin. Ich Sorge für 6 Leute und es ist verdammt schwer, durchzukommen. Was ich hier eingekauft habe, kostet 2000 Lira. Gottseidank brauche ich keine Miete zu bezahlen, sonst würden wir vor Hunger umkommen. Außer der Sorge ums Durchkommen haben wir alles andere vergessen. Alles ist irrsinnig teuer. Es gibt keinen, der an uns denkt. In der Stadt oder zum Markt zu gehen ist schon fast zu einer Fiktion geworden. Jetzt habe ich eingekauft und weiß nicht, wie ich nach Hause kommen soll, da ich keinen Pfennig Geld mehr habe. Ich hatte 4 Kühe, die habe ich verkauft und trotzdem konnte

ich meine Schulden nicht bezahlen. Doch das sind nicht nur meine Sorgen, das gesamte Volk lebt in solcher einer Situation."

BUTTERMILCHVERKAUFER BRINGT SEINE KINDER ZUR POLIZEIWACHE

Mükrem E. arbeitet in Aksaray als Straßenverkäufer und müht sich ab, zusammen mit seinen beiden Kindern seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Sein Verkaufstisch wurde ihm nun zum zweiten Mal von den Behörden weggenommen. Aus Protest gegen diese Maßnahme brachte E. seine Kinder zum Amtszimmer des Direktors der Polizeiwache Fatih. E. berichtete, daß die Polizisten auch auf andere Verkäufer in den letzten 5 Monaten ununterbrochen Druck ausübten. Er gibt an, daß die Polizisten auch Gewalt anwenden würden.

"Wir tun niemandem etwas zuleide und versuchen nur für unsere Familien den Unterhalt zu verdienen. Die Polizisten setzten uns so unter Druck, daß wir weder ein noch aus wußten. Ich war völlig fertig als sie mir den Arbeitstisch und mein Geld wegnahmen."

Daraufhin brachte E. seine Kinder zur Polizeiwache.

"Wenn die Polizei mich am Arbeiten hindert, dann fordere ich, daß die Behörden sich um meine Kinder kümmern."



WEG MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA IN DER TÜRKEI ! — STOPPT DIE 'TÜRKEIHILFE' —

Widerstand

- Am Vortag des Putsches werden in Istanbul ca. 200 Transparente, in Ankara hunderte von Transparenten gegen Faschismus und NATO, mit oder ohne Bomben aufgehängt.

- Bei der ersten Piratendemonstration (plötzliche, organisierte Demonstration) in Ankara gegen die Junta wurden am Samstag, den 13.9.80 15-20 Menschen von MG-Salven der Militärs durchsiebt. Die Militärs reagieren aggressiv und nervös.

- Bei einer weiteren unerlaubten Demonstration in Ankara kommt es ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit den Militärs. (FR 17.9.80)

- Am 16.9. werden 2 Leute in Saharya festgenommen, die gegen die Junta Parolen geschrieben haben.

- Am 17.9. wurde in Istanbul ein Polizeieinspektor erschossen. (Cum. 18.9.)

- In Adana kam am 14.9. ein Hauptmann bei einer Schießerei um.

- Bei einer vor Ort geführten Vernehmung am 18.9. wurde der Linke Zeki Yurmurtaci angeblich von seinen eigenen Kollegen erschossen! (Müll. 19.9.)

- Am 18.9. in Siverek wurde ein Linker erschossen und zwei weitere verletzt.

- Nach einer Piratendemonstration in Adana wurde nach Recep Baytekin gefahndet. (Hür. 24.9.) Die Militärs haben per Hubschrauber überall in der Region Adana Fahndungsflugblätter verteilt und 12 Personen festgenommen.

- Am 20.5. erklärte der Militärkommandant Nevzat Bölügiray:

"Ein Teil der volksfeindlichen Terroristen hat sich aus den Städten in ländliche Gebiete begeben. Es wird damit gerechnet, daß sie neue Aktionen durchführen. Wir bitten unsere Landbevölkerung, die Gendarmerte und die Sicherheitskräfte über solche Leute zu informieren." (Cum. 21.9.)

- Am 22.9. in Askenderun wurde bei einer Piratendemonstration auf Flugblattverteiler das Feuer eröffnet. Der Arbeiter Hasan Ince wurde von den Militärs erschossen. Der Kommandant in Adana erklärte dazu, daß er sowieso gesucht wurde. (Müll. 24.9.)

- Am 22.9. wurde in Urla ein Linker, der sich nicht verhaften ließ, vom Militär erschossen und drei weitere wurden schwer verletzt. (Müll. 25.9.)

- Am 24.9. wurden in Ordu/Gölköy nach einer Operation zwei Menschen erschossen, drei schwer verletzt und fünf festgenommen.

- Der Polizeipräsident in Ankara wurde am 24.9. erschossen. (Cum.25.9.)

- Am 17.9. wurden 18 Gewerkschaftler von Tekstil-DISK, die mit den Arbeitern der YIDAS-Betriebe in Tarsus den Widerstand organisiert haben, verhaftet. (Hür. 18.9.)

- Beim Dorf Hidirli, Provinz Adana wurden 4 Linke nach einer Operation schwer verletzt festgenommen. (Hür. 29.9.)

- In Ankara haben sich 10 Menschen mit Militärs bewaffnete Auseinandersetzungen geliefert. Einer wurde getötet, die anderen konnten entkommen. (Hür. 27.9.)

- In Adana wird überall nach 17 Menschen mit Plakaten und Flugblättern aus Hubschraubern gefahndet. (Hür. 29.9.)

- Ein Unteroffizier wurde bei einer Schießerei in Istanbul schwer verletzt.

- Am 29.9. wurden in Kartal/Istanbul bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Juntakräften 9 Linke ermordet.

Protestaktionen in der BRD

Nach Bekanntwerden des Militärputsches fanden in vielen Städten der BRD Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Militärjunta und ihre Anerkennung durch die Bundesregierung statt.

- Bereits am Freitag den 12.9. nachmittags demonstrierten in Hamburg ca. 400 deutsche und türkische Antifaschisten zum türkischen Konsulat.

- In Bonn demonstrierten 30 Personen vor der türkischen Botschaft.

- Am Samstag dem 13.9. wurde das türkische Konsulat in Hamburg von türkischen Genossen besetzt.

Ziel der Besetzung war es, die Verleumdungskampagne der westdeutschen und türkischen bürgerlichen Presse, die sich auf die Seite der Militärjunta stellen und ihren faschistischen Charakter versuchen herunterzuspielen, zu verhindern. Die gesamte Aktion verlief ruhig. Viele der Botschaftsbesucher haben sich mit den Besetzern solidarisiert, auch vor dem Konsulat sammelten sich rund 200 Antifaschisten, um die Besetzung zu unterstützen. Nachdem die Besetzer eine Pressekonferenz abgehalten hatten und ihnen von der Polizei freier Abzug (ohne Identitätskontrolle) zugesichert worden war, wurde die Aktion nach rd. 3 stündiger Dauer mit einem gemeinsamen Demonstrationenzug beendet an dem sich auch viele der Konsultatsbesucher beteiligten.

- In Berlin wurde am Sa. 13.9. ebenfalls das Konsulat von rd. 100 Genossen für eine Viertelstunde besetzt und eine Erklärung verlesen.

- In Köln, München und Frankfurt fanden am Samstag Demonstrationen mit jeweils 120-150 Teilnehmern vor den türkischen Konsulaten statt.

Überall waren die Forderungen:
- Keine Anerkennung der Militärjunta!
- Sofortige Einstellung der Militär- und Finanzhilfe der Bundesregierung an die Türkei!

Am 18.9. beteiligten sich in Hamburg rd. 800 Menschen an einer Demonstration durch die Innenstadt, zu der ein Aktionsbündnis verschiedener türkischer u. deutscher Gruppen aufgerufen hatte.

Am 20.9. (Sa.) wurden wiederum in vielen Städten der BRD Demonstrationen durchgeführt, an denen sich in Berlin 1.000, in Köln 1.500, in Hannover 300, in Bielefeld 500 und in München 350 Menschen teilnahmen. Auch die Demonstration gegen die NATO, die aus Anlaß der Herbstmanöver in Hildesheim mit einer Beteiligung von rd. 2.000 Demonstranten stattfand, stand im Zeichen der Proteste gegen den NATO-Putsch in der Türkei.

UND IM EUROPÄISCHEN AUSLAND

In Athen demonstrierten am 17.9. 5.000 Griechen gegen den Militärputsch und forderten Freiheit für das türkische Volk. Besonders die Verantwortung des US-Imperialismus für den Putsch wurde angeprangert. Bei einer Veranstaltung in Athen sprach ein Vertreter von Devrimci Yol.

In der Nacht zum 17.9. waren fünf Autos von Mitgliedern der amerikanischen Militärmission in Athen in Brand gesetzt worden.

Straßburg

DEMOKRATEN AUS DER TÜRKEI PROTESTIEREN VOR DEM EUROPAPARLAMENT

Am Nachmittag des 24.9. protestierten 500 Demokraten aus der Türkei vor dem Sitz des Europaparlament in Straßburg gegen die Militärjunta in ihrem Land.

Als ersten Erfolg der Demonstration wurden die Demonstranten von einem Vertreter des Parlaments empfangen. Die Demokraten aus der Türkei verurteilten in dem Gespräch die anti demokratischen Maßnahmen der Junta. Ein krasses Beispiel für diese Maßnahmen ist es, daß von den 12 Sitzen der Türkei im Europaparlament nur 7 besetzt sind, die anderen Abgeordneten befinden sich in der Türkei in "Schutzhaft". Die Demokraten aus der Türkei forderten:

- jegliche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta muß sofort eingestellt werden!

- alle Beziehungen zur Militärjunta müssen sofort eingefroren und ihre Anerkennung verweigert werden!

Grußadresse des

MIR-Chile

Liebe Freunde und Genossen!
Wir wollen euch im Namen des MIR und der Chilenen, die hier im Ausland gegen die Diktatur kämpfen, herzlich begrüßen.

Wie Euch bekannt ist, hat die Militärjunta in Chile zum 7. Jahrestag des Putsches ein sogenanntes Wahlerferendum durchgeführt, um über eine von ihr entworfene Verfassung abstimmen zu lassen. Ziel dieses ganzen Spektakels ist die Legalisierung des diktatorischen Regimes und die persönliche Festigung Pinochets an der Macht. Gleichzeitig sollten die Wahlen im Ausland den Eindruck erwecken, man befände sich in Chile auf der Rückkehr zur Demokratie. Wir brauchen nicht so viele Worte, um diese plötzliche demokratische Gesinnung der Diktatur zu beschreiben: abgesehen vom Wahlverfahren, das sogar von der Kirche als betrügerisch verurteilt wurde, sind in den letzten Monaten mehr als 2.000 Menschen verhaftet und gefoltert worden. Man lebt heute in Chile in einem Klima des Terrors und der Repression, das vergleichbar ist mit den Jahren gleich nach dem Putsch. D.h.: Demokratie für die Bourgeoisie, und Diktatur für das Volk. Was sich aber verändert hat, ist die Lage des Widerstands. Man hat heute in Chile keine Angst mehr. Die Repression kann schlagen, aber den Widerstand nicht mehr bremsen. Was gestern vereinzelt Aktionen der Avantgarde waren, sind heute Kampfformen der Massen geworden. So z.B. Sabotageaktionen, Flugblätteraktionen, bewaffnete Propaganda, sind Widerstandsformen, die aktiv und offensiv von den Massen durchgeführt werden. Das ist in den letzten Tagen besonders deutlich geworden.

Was heute in Chile geschehen ist, zeigt, daß die Diktatur, wenn sie von Demokratie spricht, nur einen politischen Quatsch veranstalten kann. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die bürgerliche Opposition sehr begrenzte Spielräume hat. Diejenigen, die zusammen mit Pinochet den Sturz der Regierung Allende durchgeführt haben und später von Pinochet in die Opposition getrieben wurden, können keine wirkliche Alternative zu Pinochet bilden.

Die Presse in der BRD hat viel von der ersten offiziell erlaubten Veranstaltung der Opposition seit dem Putsch geredet. Man mag den Eindruck bekommen, die Opposition an die Diktatur habe gerade begonnen, geführt von den chilenischen Christ- und Sozialdemokraten. Was in Wirklichkeit geschah ist, daß diese Veranstaltung in ihrem Rahmen weit von der Linken gesprengt wurde. Die am meisten gerufene Parole: "Gestern Somoza, morgen Pinochet" zeigt in der Tat, wer wirklich den politischen Einfluß in dieser Kundgebung hatte.

Aber auch in Bezug auf den Militärputsch in der Türkei hat man eine sehr merkwürdige Berichterstattung der BRD-Presse erfahren können. Während bis vor kurzem in der Presse hier der Putsch in Bolivien allgemein kritisiert und mit der Streichung der Wirtschaftshilfe spekuliert wurde, haben alle Kreise den Putsch in der Türkei eilig begrüßt, gelobt und die Wirtschaftshilfe für die Militärs in jedem Fall zugesichert: die Militärs hätten keine andere Alternative, im Land herrsche Chaos und Anarchie, man wolle die Ordnung wieder herstellen, usw. Man hat in der Presse kein Wort von Repression gehört, (merkwürdige Militärs in der Türkei) auch nichts darüber, daß gleich nach dem Putsch die Gewerkschaften und Parteien verboten wurden. Es bleibt nur, daß wenn die Repression nicht mehr verleugnet wird, sie selbstverständlich als Kampf gegen den Terrorismus dargestellt wird.

Aber ob in der Türkei oder in Lateinamerika, wir meinen, daß die Befreiung vom Imperialismus und Reaktion nur vom Volk ausgehen und siegen werden kann. Nur ein unabhängiger Kampf kann das Volk zum Sieg führen. Den Beweis dafür haben wir schon in Kuba, Vietnam, Angola und Nicaragua erleben können. Unser Weg ist schon auf den Straßen von Chile gerufen worden:
Gestern Somoza, morgen Pinochet!

Es lebe die Einheit der Völker gegen Imperialismus und Reaktion!
Es lebe der Kampf des Volkes in der Türkei und in Chile!
Hocho die internationale Solidarität!
Der Volkswiderstand wird siegen!

Aufruf

Am 21.9.80 trafen sich verschiedene Interessenten einer Türkei-Solidarität aus Frankfurt, Hamburg, Berlin, Nürnberg, Braunschweig und Tübingen. Sie entschlossen sich zu einer breiten Kampagne aufzurufen:

Nach dem faschistischen Militärputsch in der Türkei ist der Aufbau einer breiten Solidaritätsbewegung für die Völker der Türkei wichtiger denn je. Wir denken, daß die unten geroffenen Feststellungen Grundlage für eine solche Zusammenarbeit sein kann.

1. Es gilt, das wahre Gesicht der Militärjunta aufzudecken und ihren faschistischen Charakter zu entlarven.
2. Der Westen ist mit Finanz- und Militärhilfe mitverantwortlich für die Entwicklung in der Türkei.
3. Verurteilung der Junta und Einstellung jeglicher staatlichen Hilfe.
4. Die Diktatur in der Türkei wird zu einer Ausweitung und Verschärfung des Bürgerkrieges führen. Demgegenüber wird der Widerstand anwachsen.
5. Das Ziel ist eine demokratische, unabhängige Türkei. Uneingeschränkte Solidarität für den Widerstand gegen die Militärjunta heißt Herstellung einer Gegenöffentlichkeit und Unterstützung der Alternativen Türkeihilfe.
6. Die Türkei-Solidarität hat sich auch gegen die Ausländerfeindlichkeit, Einschränkung des Asylrechts und ausländische und deutsche Faschisten zu wenden.

Aus diesem Grund soll diese Initiative von Beginn an durch ausländische und deutsche Kräfte gemeinsam getragen werden. Wir erwarten eine möglichst breite Beteiligung aller Demokraten und Antifaschisten. Schon jetzt sollte auf örtlicher Ebene am Aufbau von Komitees und Durchführung von konkreten Aktionen gearbeitet werden.

Unser nächstes Treffen findet statt am: 12.10.80
um: 11.00 Uhr

Ort: Bürgertreff Bornheim in FRANKFURT (Bornheim) U-Bahnstation Bornheim-Mitte Autobahnausfahrt Miquelallee, von dort aus (geradeaus) weiter Alleennring, nach links in die Rohrbachstr. einbiegen, dann den Straßenbahnschienen zur Saalburgstr. folgen.

Info-Material, Anmeldung und Kontaktstelle:

Sabine Kriechhammer-Yagmur
Am Weingarten 22
6000 Frankfurt 90
Tel.: 0611/ 77 52 14 (abends)

P.S.: Wenn ihr eure Kinder mitbringen wollt, meldet sie bitte an, wir organisieren dann eine Kinderbetreuung.

Initiativausschuß TÜRKEI-SOLIDARITÄT